



EIDGENÖSSISCHE AUSLÄNDERKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES ÉTRANGERS
COMMISSIONE FEDERALE DEGLI STRANIERI
SWISS FEDERAL COMMISSION FOR FOREIGNERS

Jahres bericht

2006

Inhalt

akzente	5	
	Integration - ein Thema mit Hochkonjunktur	5
	Über 800 Projekteingaben	5
aspekte	6	
	Politische Entwicklungen in Europa	6
	Politische Entwicklungen in der Schweiz	8
	Integrationsbemühungen in den Kantonen und Gemeinden	18
	Nationale Forschungen zu integrations- und migrationspezifischen Fragen	19
	Politische Rechte für Ausländerinnen und Ausländer	19
aktivitäten	21	
	Geplante Fusion von EKA und EKF	21
	Politische Arbeit	21
	Integrationsförderung	26
	Information	31
anhang	37	

Impressum

Redaktion	Elsbeth Steiner Simone Prodolliet Urs Pfeiffer Pascale Steiner
Gestaltungskonzept	RH Design, Worb
Druck	BBL, 3003 Bern
Bestellungen	Sekretariat EKA Quellenweg 9 3003 Bern-Wabern Tel 031 325 91 16 eka-cfe@bfm.admin.ch

www.eka-cfe.ch

vorwort

Der 24. September 2006 ist für die Migrationspolitik unseres Landes ein wichtiges Datum; an diesem Tag wurden das neue Ausländergesetz und die Revision des Asylgesetzes mit grosser Mehrheit gutgeheissen.

Unsere Kommission bedauerte einerseits, dass das Parlament mehrere Anträge zurückgewiesen hatte, welche den aus Drittländern Zugewanderten zu mehr Chancengleichheit verholfen hätten – namentlich bei der Rechtsstellung und beim Familiennachzug. Andererseits freute sie sich darüber, dass die Integrationspolitik als prioritäre Aufgabe des Staates anerkannt wird.

Sie hofft, dass den Absichtserklärungen nun Taten folgen werden. Es müssen nun die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, damit die Integration, die für die Betroffenen, aber auch für die Gesellschaft so wichtig ist, besser realisiert werden kann. Es ist ferner zu hoffen, dass nach der erfolgten Abstimmung die Debatte über Migrations- und Integrationspolitik aus der etwas dumpfen, emotional wie auch reaktiv geprägten Atmosphäre der letzten Jahren herausgelöst und besser auf die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse von morgen ausgerichtet werden kann; Bedürfnisse, die eng mit den demographischen Perspektiven der Schweiz verknüpft sind.

Zukunftsgerichtet waren auch die Diskussionen mit dem Bundesamt für Migration über eine allfällige Zusammenlegung unserer Kommission mit der Eidgenössischen Kommission für Flüchtlingsfragen. Dabei galt es, die dem Bund und den Kantonen neu zugewiesenen Verantwortlichkeiten im Integrationsbereich zu beachten. Wir betonten, wie wichtig und unverzichtbar die Unabhängigkeit einer zusammengelegten Kommission ist. Ihre Aktivität darf nicht auf Reflexion, Empfehlungen und Anträge beschränkt bleiben, sondern sie soll auch direkt in die gelebte Wirklichkeit eingreifen und die Bedürfnisse der Ausländergemeinschaften, mit denen sie im Dialog steht, aufgreifen. Die Vorschläge, die dem Bundesrat 2007 dazu unterbreiten werden, tragen diesen Bedenken Rechnung. Allerdings bleibt die Befürchtung bestehen, dass eine Kommission, die sich mit Ausländer- und Asylfragen befasst, zur unerwünschten Vermischung der beiden Themen in der Öffentlichkeit beiträgt.

Ebenfalls im Sinne der Zukunftsgestaltung haben die Kommission und ihr Sekretariat in Zusammenarbeit mit dem BFM das neue Integrationsförderungsprogramm 2008-2011 ausgearbeitet. Dieses Programm hat im Lauf der Jahre grosse Bedeutung erlangt. Wurden im Jahre 2002 für einen Kredit von 12,5 Mio Franken 520 Projekte eingereicht und 345 davon nach erfolgter Evaluation unterstützt, so lauten im Jahre 2006 bei einem Kredit von 14 Mio Franken die entsprechenden Zahlen 808 und 615. Eine beträchtliche Zahl interessanter Projekte konnte aufgrund der finanziellen Limite leider gar nicht oder nur teilweise unterstützt werden.

Die Kommission blickt auch in den Bereichen Information und Kommunikation auf eine sehr rege Tätigkeit zurück: Unter anderem hat die EKA 2006 die Zusammenkunft der kantonalen und kommunalen Integrationskommissionen sowie auch ihre Nationale Tagung organisiert, die sich beide mit dem Begriff und den Inhalten der Integration befassten. Zahlreiche Dokumente und Studien wurden veröffentlicht, und die Arbeitsgruppe Sans Papiers führte ihre Tätigkeit weiter.

Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sekretariat wurde grosses Engagement gefordert; umso mehr, als sie mit reduziertem Bestand arbeiten mussten. Unsere Kommission möchte sich bei ihnen dafür bedanken, dass sie ihre Aufgaben kompetent und mit unbegrenztem Einsatz erledigt haben.

Francis Matthey, Präsident der Eidgenössischen Ausländerkommission

Integration – ein Thema mit Hochkonjunktur

Wohl selten wurde der Begriff Integration in der öffentlichen wie in der politischen Debatte so oft benutzt wie 2006. Sämtliche Parteien widmeten dem Thema Integration von Migrantinnen und Migranten im Vorwahljahr einen Parteitag, verfassten dazu Grundsatzpapiere oder räumten dem Thema genügend Raum im aufgefrischten Parteiprogramm ein. In den Ratsbüros des Bundeshauses häuften sich die Vorstösse zu Migrations- und Integrationsfragen. Die Einbürgerungs-Initiative der SVP, welche es jeder Gemeinde ermöglichen soll, selber das für die Erteilung des Bürgerrechts zuständige Organ zu bestimmen und abschliessend Einbürgerungsgesuche zu beurteilen, wurde ganz knapp als gültig erklärt. Gewalttätige Jugendliche machten mehrmals Schlagzeilen. Die Tatsache, dass einige von ihnen eingebürgert worden waren, brachte neue Vorschläge – wie etwa die Einbürgerung auf Bewährung – auf den Tisch.

Erstaunlich wenig Schlagzeilen machte das Thema Integration hingegen im Vorfeld der Abstimmung über das Ausländergesetz im September. Dabei war ihm im neuen Gesetz erstmals ein ganzes Kapitel gewidmet. Die Eidgenössische Ausländerkommission sah in der gesetzlichen Verankerung der Integration den wichtigsten Pluspunkt im neuen Gesetz. Im übrigen war die Kommission vom neuen Gesetz nicht überzeugt, verzichtete aber darauf, eine Empfehlung abzugeben.

Die EKA beschäftigt sich seit einigen Jahren intensiv mit dem Begriff der Integration und seiner praktischen Anwendung. So war es ihr möglich, wichtige Beiträge zu dieser Diskussion zu leisten; beispielsweise mit der Nummer 9 ihrer Zeitschrift *terra cognita* mit dem Titel «Welche Integration?» oder mit einem praktischen Leitfaden zum Umgang mit dem neuen Gesetzesbegriff Integration.

Über 800 Projekteingaben

2006 gingen erstmals mehr als 800 Projektgesuche im Rahmen des Integrationsförderprogramms ein. 808 Gesuche mussten im Sekretariat bearbeitet und geprüft werden. 2002 waren es noch 520 Gesuche gewesen. Erfreulicherweise konnten rund drei Viertel der Gesuche bewilligt werden; einige allerdings mit einem reduzierten Betrag. 615 Projekte erhielten somit 2006 einen Beitrag aus dem Integrationskredit. Eigentlich hätten noch mehr Projekte den Anforderungen für einen finanziellen Beitrag entsprochen. Doch die Grenze von 14 Millionen konnte nicht überschritten werden. Die politische Diskussion über eine Erhöhung des Integrationskredits wird in den nächsten Jahren stattfinden müssen.

Politische Entwicklung in Europa

«Ausgewählte Einwanderung» und Integration

Auch 2006 beschäftigten Migrations- und Integrationsfragen die Öffentlichkeit und die Regierungen Westeuropas. Auf die grossen Probleme im Zusammenhang mit der illegalen Einwanderung in Italien und Spanien reagierte die internationale Gemeinschaft mit ersten dringlichen Absprachen. Demgegenüber wurde die Freizügigkeit in der erweiterten Europäischen Union unterschiedlich gehandhabt; zurückzuführen ist dies auf unterschiedliche wirtschaftliche und demographische Bedürfnisse in den alten EU-Staaten. Die Europäische Kommission kam in einem Bericht vom 8. Februar 2006 über die Mobilität der Arbeitskräfte innerhalb der EU zum Ergebnis, dass die Migrationsbewegung Ost-West weniger stark war als erwartet. Sie empfahl deshalb, die gegenüber den neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten eingeführten Freizügigkeitsbeschränkungen aufzuheben. Nach Erscheinen des Berichts haben Spanien, Finnland, Griechenland, Portugal und Italien ihren Arbeitsmarkt rückhaltlos geöffnet und sich damit an die Seite Schwedens, Irlands und Grossbritanniens gestellt. Die übrigen alten EU-Staaten wenden – vollumfänglich oder partiell – weiterhin Restriktionsmassnahmen an. Und schliesslich hat das Thema der Integration (namentlich von Neueinwandernden) in verschiedenen Ländern zu Analysen und Absichtserklärungen, seltener jedoch zu konkreten Projekten geführt.

In Deutschland zogen Vertreterinnen und Vertreter von Ministerien, Ämtern und Institutionen des Bundes und der Länder an einem von Innenminister Wolfgang Schäuble initiierten Kongress vom 30. März 2006 eine erste positive Bilanz des am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Einwanderungsgesetzes, das dem Grundsatz der «ausgewählten Einwanderung» verpflichtet ist. Das in den Artikeln 43 - 45 dieses Textes vorgesehene Integrationsprogramm wird bis zum 1. Juli 2007 spezifisch evaluiert. Ende 2006 haben über 200'000 Personen Kurse in deutscher Geschichte, Politik, Kultur und

Sprache absolviert. Zudem wurde am 14. Juli 2006 in Berlin der erste nationale Integrationsgipfel abgehalten. An dieser Veranstaltung wurde beschlossen, einen nationalen Integrationsplan auszuarbeiten, der im Sommer 2007 unter dem Motto «Fördern und Fordern» vorgestellt werden soll. In diesem Zusammenhang bezeichnete es Bundeskanzlerin Angela Merkel als sehr wichtig, dass die 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund die deutsche Sprache beherrschten. In Deutschland

ist die Diskussion über das Tragen von Kopftuch und Schleier weiterhin präsent, da die Länder diesbezüglich keine einheitliche Haltung einnehmen. Nordrhein-Westfalen z.B. hat im Mai 2006 seinen Lehrerinnen das Tragen des Kopftuchs verboten, während im Juli das Verwaltungsgericht Stuttgart (Baden-Württemberg) einer Lehrerin aus Gründen der Gleichbehandlung das Tragen des Kopftuches erlaubt hat, da auch katholische Nonnen berechtigt seien, in ihrer religiösen Tracht zu unterrichten. In diesem Klima des gegenseitigen Misstrauens – das eigentlich für Deutschland nicht kennzeichnend ist – hat Wolfgang Schäuble, der sich um den Dialog mit den muslimischen Gemeinschaften bemüht, für den 27. September 2006 die Deutsche Islam-Konferenz anberaumt. Ziel dieser Diskussionen, die gemäss den Äusserungen der 15 Behördenvertreter aus Bund, Ländern und Gemeinden sowie der 15 Vertreter islamischer Gemeinschaften in den kommenden Jahren wiederholt werden sollen, ist die Schaffung eines «Sozialvertrags», der die Integration der Muslime in die deutsche Gesellschaft unterstützen soll.

In Grossbritannien hat das Unterhaus Ende März 2006 ein neues Einwanderungsgesetz gutgeheissen, das die Einreise Angehöriger von Nicht-EU-Staaten einschränkt. Für die ehemaligen Kolonialgebiete gilt ein spezieller Kriterienkatalog (Al-

INTEGRATIONS- GIPFEL IN DEUTSCHLAND

aspekte

ter, Ausbildung, berufliche Tätigkeit usw.). Gestützt auf diese Neuerung können hoch qualifizierte Personen (Fachkräfte aus Wissenschaft, Medizin, Unternehmensführung, Informatik usw.) ohne vorgängiges Arbeitsangebot ins Land einreisen, während die anderen Bewerberinnen und Bewerber ein konkretes Arbeitsangebot vorlegen müssen.

Die Niederlande haben für Neuzuwandernde aus Nicht-EU-Staaten einen obligatorischen Test zu niederländischer Sprache und Kultur eingeführt. Seit dem 15. März 2006 können diese computergestützten, 30-minütigen Tests in 138 diplomatischen Vertretungen absolviert werden. Der Test soll zeigen, ob sich die Kandidatin oder der Kandidat für die Integration in die niederländische Gesellschaft eignet. Im ersten Jahr wurden 14'000 Personen geprüft; sie stammen hauptsächlich aus der Türkei, Marokko und Surinam. Im Vorfeld der Wahlen vom November 2006 standen die Themen Einwanderung und Integration weniger stark im Vordergrund; es scheint, dass der Regierung zugetraut wird, diese Dossiers verantwortungsvoll zu führen.

In Frankreich haben im Frühling 2006 die Nationalversammlung und der Senat das von Innenminister Nicolas Sarkozy vorgestellte neue Einwanderungs- und Integrationsgesetz verabschiedet. Das Gesetz, das am 1.1.2007 in Kraft trat, privilegiert das Konzept der «immigration choisie», indem es einerseits die Regeln für Zulassung und Aufenthalt verschärft (Familiennachzug und Mischehen mit einbegriffen) und andererseits der automatischen Regularisierung nach zehnjährigem illegalen Aufenthalt ein Ende setzt. Das neue Gesetz sieht auch die Schaffung eines Nationalen Einwanderungs- und Integrationsrates vor sowie die Ausarbeitung eines Integrationsvertrags, der namentlich dazu führen soll, dass Zugewanderte besser französisch lernen. Am 13. Juni 2006 hat Nicolas Sarkozy mit Rundschreiben an die Präfekten zudem angekündigt, man werde die «Legalisierung» von Sans Papiers einzeln prüfen. Wichtigste Kriterien sind folgende: Mindestens ein Kind ist bereits eingeschult, und die Familie muss echten Integrationswillen zeigen. Das Innenministerium beschloss im Juli 2006 die Regularisierung von 6'924 illegal anwesenden Eltern eingeschulter Kinder. Die Zahl der Sans Papiers in Frankreich wird auf 400'000 geschätzt.

Illegale Einwanderung

Die illegale Migration von Afrika nach Europa geschah 2006 zu einem grossen Teil über Spanien. Nach Melilla und Ceuta erlebte auch der Kanarische Archipel eine Flut von Neuankömmlingen. Gegen 27'000 Personen wurden von Januar bis Oktober 2006 aufgegriffen. Die Zahl der gefährlichen Überfahrten nahm erst ab, als die Kontrollen auf dem Meer, gestützt auf das Dispositiv der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen (Frontex), verschärft wurden und nachdem Madrid bei den Regierungen der Herkunftsländer verstärkt diplomatische und finanzielle Anstrengungen unternommen hatte. Mit Unterstützung der Europäischen Union hat Spanien mit verschiedenen afrikanischen Staaten Rahmenverträge zur Migrationspolitik unterzeichnet. Diese Verträge sehen den Kampf gegen die illegale Einwanderung, die Vereinfachung der Verfahren im Rahmen der legalen Immigration und eine Intensivierung der Entwicklungshilfe vor. Madrid war zusammen mit Marokko auch die treibende Kraft für die Migrationskonferenz von Rabat, an der 45 Minister europäischer und afrikanischer Länder teilnahmen. In Spanien selber hat das Kabinett von José Luis Zapatero nach der Legalisierung von 700'000 Personen im Jahre 2005 aufgrund der feindseligen Reaktionen aus der Öffentlichkeit keine weiteren Regularisierungen vorgenommen. Parallel dazu hat das Staatssekretariat für Ein- und Auswanderung bekannt gegeben, dass im

**BOOTS-
FLÜCHTLINGE
AUF DEN KANA-
RISCHEN INSELN**

Lauf der ersten Jahreshälfte 200'000 Personen schon vor ihrer Ankunft in Spanien in Wirtschaftszweigen, die mit der Rekrutierung von Arbeitskräften Mühe bekunden, eine Anstellung erhalten haben. Die Mehrheit dieser Migrantinnen und Migranten stammt aus Lateinamerika, Zentral- und Osteuropa sowie aus Marokko. Schliesslich engagierte sich die spanische Regierung auch im Bereich der Integrationsförderung, indem sie den Diasporagemeinden, den Regional- und Lokalverwaltungen und den NGO, die Immigranten bei der Ankunft betreuen, eine höhere Unterstützung gewährte. Im Rahmen des Budgets wurden Mittel für die europäische Zusammenarbeit im Migrationsbereich vorgesehen.

ITALIENISCHE SANS PAPIERS LEGALISIERT

Italien hat im Jahre 2006 die Situation von 520'000 illegal Anwesenden geregelt. Nachdem die Regierung von Silvio Berlusconi 170'000 Aufenthaltserlaubnisse bereits genehmigt hatte, legalisierte der neue Premierminister Romano Prodi Mitte Sommer weitere 350'000 Sans Papiers und berücksichtigte damit sämtliche in Polizeipräfekturen und auf Poststellen eingereichten Gesuche. Zudem wird die Einbürgerung erleichtert, indem die erforderliche Wohnsitzfrist von 10 auf 5 Jahre gesenkt wird. Trotzdem erlebte Italien – im Besonderen Lampedusa und Sizilien – die Landung von über 20'000 afrikanischen Immigrantinnen und Immigranten; die meisten nach einem Transit durch Lybien. Ende August 2006 wandte sich Italien für die Überwachung seiner Küsten nach dem Beispiel Spaniens an die europäische Agentur Frontex. Innenminister Giuliano Amato hat auch die Europäische Union ersucht, sich stärker in der Lenkung der Migrationsströme und bei der Entwicklungshilfe in den Herkunftsländern zu engagieren.

Interessanterweise entwickelt sich auch die Türkei – ähnlich wie Italien und Spanien – zu einem wichtigen Empfangsstaat, während umgekehrt 3 Millionen seiner Staatsangehörigen in Westeuropa leben. Die traditionelle, legale Einwanderung türkisch Sprechender aus den Provinzen des ehemaligen ottomanischen Reiches wurde in den letzten Jahren durch die Zuwanderung asylsuchender sowie auch illegal einreisender Personen aus dem Mittleren Osten, aus Afrika und aus Osteuropa überlagert. Die türkischen Behörden gaben bekannt, sie hätten zwischen 2000 und 2002 über 250'000 Personen mit unbefugtem Aufenthalt festgenommen. In den Jahren 2003 und 2004 sind jährlich über 60'000 Personen angehalten und überprüft worden. Nach Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) nutzen jährlich mehr als 200'000 Personen die Türkei als Transitland.

Politische Entwicklungen in der Schweiz

Integrationspolitik im Dienst der Lösung sozialer Probleme

Integrationspolitik hat 2006 Hochkonjunktur erlangt. In vielen westeuropäischen Ländern sind die Behörden daran, Lektionen aus den Versäumnissen der vergangenen Jahrzehnte zu ziehen und verstärkt in Integrationspolitik zu investieren. Auch die helvetische Politik schreibt sich in diesen Trend ein. Über alle Parteigrenzen hinweg ist man sich einig, dass Integration ein Gebot der aktuellen Politik ist. Das Thema wurde als so wichtig erachtet, dass es im November 2006 zum Haupttraktandum der Von-Wattenwyl-Gespräche gemacht wurde. Alle Bundesratsparteien haben Positionspapiere verfasst, in welchen sie Stellung dazu nehmen, was zu unternehmen sei, um mit der Präsenz von Migrantinnen und Migranten adäquat umzugehen.

aspekte

Während die SVP «Klare Regeln für alle!» fordert, konzentriert sich die CVP auf Fragen, die sich auf «Religionsfreiheit und Identität» beziehen. Die FDP schlägt im Hinblick auf die Realisierung einer «offenen, erfolgreichen Schweiz» die Schaffung eines Rahmengesetzes für Integration vor. Und die SP schliesslich macht sich für eine «Integrationsoffensive» stark.

Wie kommt es, dass von links bis rechts Integration in aller Munde ist und geradezu als Heilmittel für Problemlagen aller Art heraufbeschworen wird? Haben die Bemühungen unzähliger in der Integrationsarbeit Engagierter, dieses Thema auf die Tagesordnung der offiziellen Politik zu bringen, endlich Früchte getragen? Die Antwort darauf fällt ambivalent aus. Zunächst ist es etwas erstaunlich, dass – relativ unvermittelt – unisono nach Integration gerufen wird. Immerhin war dies im Vorfeld der Abstimmung zum neuen Ausländergesetz vom 24. September 2006, bei dem ein ganzes Kapitel der Integration gewidmet ist, kaum je als diskussionswürdig betrachtet worden. Auf der andern Seite kann festgehalten werden, dass die Forderung nach verstärkter Integration einen politischen Trend bestätigt, der im gesamten westlichen Europa zu beobachten ist und der unter dem Schlagwort «Fördern und Fordern» zusammengefasst werden kann.

Der Grund für den vermeintlichen Perspektivenwechsel liegt darin begründet, dass viele soziale Probleme mit so genannten Integrationsdefiziten der Migrationsbevölkerung verknüpft werden. Dabei ist es jedoch wichtig, darauf hinzuweisen, dass bei sozialen Problemlagen die Herkunft der Betroffenen lediglich bedingt eine Rolle spielt. In den meisten Fällen hat der sozio-ökonomische Status weit grösseren Einfluss, und die Lebensbedingungen für Zugewanderte unterscheiden sich kaum von vergleichbaren Situationen von Schweizerinnen und Schweizern.

Mit Blick auf die statistischen Erhebungen zur sozialen Situation der Ausländerinnen und Ausländer wird deutlich: Zugewanderte sind im Durchschnitt in praktisch allen sozialen Belangen schlechter gestellt. Die Unterschiede sind vor allem im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt auszumachen. Bezüglich Bildungsniveau, beruflicher Position, Einkommen und beruflicher Mobilität weisen Menschen ohne Schweizer Pass deutlich niedrigere Werte auf als Schweizerinnen und Schweizer. Ausländerinnen und Ausländer verdienen durchschnittlich einen Viertel weniger als Schweizerinnen und Schweizer, sie leben häufiger in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen, sie sind doppelt so stark von Erwerbslosigkeit und folglich weit mehr von Armut betroffen. Die aus solchen ungünstigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen resultierenden negativen Auswirkungen auf die soziale Integration, Bildungsverläufe oder die Gesundheit von Migrantinnen und Migranten und deren Familien liegen auf der Hand.

**ZUGEWANDERTE
SIND SOZIAL
SCHLECHTER
GESTELLT**

Differenzierende Auswertungen statistischer Erhebungen zeigen allerdings, dass innerhalb der Kategorie «Ausländer» grosse Unterschiede bestehen. Staatsangehörige aus nord- und westeuropäischen Ländern sind sozio-ökonomisch deutlich besser gestellt als jene aus Süd- und Südosteuropa. In gewissen Bereichen übertrifft die wirtschaftliche und soziale Stellung «west- und nordländischer» Zugewanderter sogar diejenige der Schweizerinnen und Schweizer.

Es sind in der Regel allerdings nicht die privilegierten Zugewanderten, welche in den Fokus integrationspolitischer Überlegungen geraten, selbst dann nicht, wenn sie sich in geschlossenen Kreisen bewegen und keinen Austausch mit der schwei-

zerischen Bevölkerung pflegen. Zielgruppe der verstärkten Anstrengungen für Integrationsmassnahmen sind die Unterprivilegierten. Oder anders gesagt: Es geht um all jene, die dem Staat Kosten verursachen oder verursachen könnten. Selbstverständlich ist es legitim und notwendig, dort anzusetzen, wo sich drängende Fragen stellen. Der öffentliche Diskurs über «die Ausländer» lässt allerdings eine differenzierte Sichtweise vermissen. Zu oft wird eine enge argumentative Verbindung von sozialen Problemen mit der Präsenz «der Ausländer» hergestellt und implizit wird ihnen die Schuld für den Missstand zugeschrieben. Im Wissen darum, dass von den fünfziger bis weit in die neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts Integrationspolitik schlicht kein Thema der offiziellen Politik war, sollten solche Schuldzuweisungen eigentlich hinfällig sein.

«Ausländer» und «Muslime» in der öffentlichen Debatte

Wie in den Jahren zuvor waren auch 2006 «Ausländer» und «Muslime» im Fokus öffentlicher Debatten. Zwei Themenfelder prägten dabei die Diskussionen, die mit grosser Emotionalität geführt wurden: Kriminalität und Anliegen traditionalistisch ausgerichteter religiöser – in der Regel muslimischer – Gemeinschaften.

Die traurigen Vorfälle um mehrfache Vergewaltigungen in Zürich-Seebach, bei denen die Täter aus Migrationsfamilien stammen, sowie aufgedeckte Fälle von Zwangsheirat veranlassten eine heftige Debatte um Straffälligkeit von (meist jungen) Ausländern und zu ergreifenden harten Sanktionen. Die Vorschläge beinhalten drastische Massnahmen: Ausweisung der Straffälligen (und deren Eltern), Entzug der Aufenthaltsbewilligung, Entzug des Schweizer Bürgerrechts, Wiedereinführung der strafrechtlichen Landesverweisung, Kürzung von Sozialleistungen bei Straffälligen auf Nothilfeniveau, Einbürgerung auf Probe. Sosehr die genannten Straftaten zu verurteilen sind, sosehr muten die vorgeschlagenen Sanktionen unverhältnismässig an, insbesondere als sie ausschliesslich auf Menschen ohne Schweizer Pass anzuwenden wären (vgl. auch Abschnitt «Einbürgerung»).

Ohne die Schwere der begangenen Straftaten schmälern zu wollen, muss ein nüchterner Blick auf die Art und Weise, wie «Ausländer» und «Muslime» generell mit Kriminalität, extremistischen Forderungen und damit als eine Gefahr für die schweizerische Demokratie assoziiert werden, nachdenklich stimmen. Schuldzuweisungen jedwelcher Art sind kaum geeignet, die Herausforderungen der Integration konstruktiv anzugehen.

Tatsächlich wurde der Islam zum Gegenstand lebhafter Debatten in der Schweiz. Die muslimische Gemeinschaft bleibt trotz ihrer Strukturierungsversuche weitgehend zersplittert und lässt sich daher nur schwer interpretieren. Es sind vor allem Fragen wie die Rechte der Frauen (namentlich das Tragen des Schleiers), die Schaffung konfessioneller Gräberfelder (Genf, Basel) und der Bau von Minaretten (Solothurn), welche die Gemüter bewegen. Obwohl gegenwärtig in der Schweiz nur zwei Moscheen mit Minaretten existieren, die eine in Zürich seit 1963, die andere in Genf seit 1978, hatte die Zunahme muslimischer Gläubiger in den letzten Jahren – man schätzt ihre Zahl auf 350'000 Personen – zur Folge, dass etwa 90 Gebetsräume eingerichtet wurden, die allgemein «Islamische Kulturzentren» genannt werden und weitgehend unbekannt sind. Während verschiedene Umfragen zeigen, dass nur 10 bis 15 Prozent der Muslime ihren Glauben regelmässig praktizieren, haben alle politischen Parteien dem Thema Islam grosses Gewicht gegeben und entsprechende Stellungnahmen verfasst. Noch bleibt unklar, wie ein konstruktiver Dialog mit der muslimischen Gemeinschaft aussehen soll.

aspekte

Auch die Serbisch-Orthodoxe Kirche stiess mit ihrem Vorhaben, in Belp (Bern) ein neues religiöses Gebäude zu errichten, auf diverse Widerstände. Die von der lokalen SVP geäusserte Opposition – offiziell mit der mangelnden Integration des Gebäudes in die Landschaft begründet – hat indessen wenig Aussicht auf Erfolg. Es sei hier daran erinnert, dass die erste orthodoxe Kirche in der Schweiz im Jahre 1866 in Genf eingeweiht wurde. Vom russischen Zaren finanziert und auf einem von der Regierung des Kantons Genf kostenlos zur Verfügung gestellten Grundstück erbaut, beherbergt diese Kirche seither Russen, Serben, Bulgaren, Griechen und Rumänen. Heute ist sie nicht nur ein integraler Bestandteil des architektonischen Kulturerbes der Stadt Genf, sondern auch weiterhin ein starkes Symbol für die frühzeitige konfessionelle Öffnung des «protestantischen Rom».

Eidgenössische Volksabstimmung zum neuen Ausländergesetz und zur Revision des Asylgesetzes

Am 24. September 2006 wurden sowohl das neue Ausländergesetz (AuG) sowie eine weitere Revision des Asylgesetzes von den Stimmberechtigten sehr deutlich mit rund 68 Prozent Ja angenommen. Wie immer bei Ausländer- und Asylthemen hatte sich auch im Vorfeld dieser Abstimmung ein emotionaler Abstimmungskampf entwickelt, der sich allerdings vor allem auf die Asylgesetzrevision konzentrierte. Die Befürworter priesen die neuen Gesetze als geeignet zur «Missbrauchsbekämpfung». Die Gegner warnten vor dem «Verlust der humanitären Tradition» und einer «Diskriminierung» von Personen ausserhalb der EU/Efta. Das Stimmvolk gab schliesslich jenen Kräften in Parlament und Bundesrat Recht, welche eine Verschärfung im Asylbereich und bei den Zwangsmassnahmen sowie das duale Zulassungssystem und wenig weit gehende Verbesserungen in der Rechtsstellung von Zugewanderten wollten. Damit setzte das Stimmvolk einen Schlussstrich unter eine parlamentarische Beratung, welche während zwei Jahren an fünf verschiedenen Sessionen die beiden Kammern beschäftigt hatte.

Die beiden Gesetzesvorlagen waren 2004 vom Parlament zu einem Gesamtpaket geschnürt worden, zu einem gewichtigen Paket. Die im Frühling 2004 angesetzte Sondersession genügte dem Nationalrat nicht, das Ausländergesetz fertig zu beraten. Das erstaunt allerdings nicht, wenn man die Änderungsanträge zählt, die gegenüber dem 2002 vom Bundesrat vorgelegten Entwurf eingereicht worden waren: Es waren mehr als 200. Und nach 30 Stunden Beratung war kaum jemand zufrieden. So passierte das Gesetz den ersten Durchgang mit lediglich 64 Ja-Stimmen, bei 49 Nein und 55 (!) Enthaltungen. Für die erste Beratung der Teilrevision des Asylgesetzes wurden ebenfalls stattliche 140 Änderungsanträge eingebracht. Beide Gesetze gingen mehrfach zwischen den beiden Kammern hin und her. Die Differenzen im AuG entstanden vor allem im Bereich der Zulassung, wo sich die Mehrheit schliesslich für das duale Zulassungssystem entschied, wonach nur noch Hochqualifizierte aus Nicht-EU-Staaten einreisen dürfen, und im Bereich von Rechtsstellung und Familiennachzug von Ausländerinnen und Ausländern. Das ursprünglich vorgesehene Recht auf eine Niederlassungsbewilligung für Personen, die seit zehn Jahren hier leben, wurde wieder verworfen, ebenso das Recht auf Familiennachzug für Personen mit Aufenthaltsbewilligung. Das Asylgesetz wurde sowohl in den beiden Räten wie auch auf Antrag von Bundesrat Christoph Blocher verschärft. Der Ständerat sah zwischenzeitlich sogar vor, abgewiesenen Asyl Suchenden die Nothilfe zu streichen. Dies wurde jedoch von der grossen Kammer wieder korrigiert. Die anderen, mehrheitlich beschlossenen Verschärfungen (die neue «Durchsetzungshaft»

AUSLÄNDER- UND ASYLGESETZ ALS GESAMTPAKET

und längere maximale Haftdauer, Streichung von Sozialhilfe, Pflicht zur Vorweisung von gültigen Identitätspapieren) gingen den linken Parteien sowie Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen eindeutig zu weit. Mit einem Referendum erzwangen sie die Volksabstimmung. So wie sie in die parlamentarische Beratung gegangen waren, so präsentierten sich die beiden Gesetze auch in der Abstimmung: als Paket. Die Zustimmung war denn auch fast gleich gross: 68 Prozent für das Ausländergesetz, 67.8 Prozent für das Asylgesetz.

Ein Teil der Asylrevisionen ist am 1.1.2007 bereits in Kraft gesetzt worden (u.a. Zwangsmassnahmen, neue Härtefallregelung, Besserstellung für vorläufig Aufgenommene). Die übrigen Teile werden zusammen mit dem neuen Ausländergesetz am 1.1.2008 Gültigkeit erhalten. Auf diesen Zeitpunkt hin werden auch verschiedene Verordnungen im Ausländerrecht erarbeitet. In diesem Vernehmlassungsverfahren wird sich auch die Eidgenössische Ausländerkommission als beratendes Organ einbringen (mehr dazu im Kapitel «aktivitäten»).

Eidgenössische Volksabstimmung über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas

Im November 2006 bestätigten die Schweizer Stimmberechtigten den europapolitischen Kurs der letzten Jahre. Sie stimmten mit 53.4 Prozent Ja dem neuen Bundesgesetz zu, welches Zahlungen an osteuropäische Länder regelt, die in ihren Bemühungen um Demokratie und soziale Marktwirtschaft auch von der Schweiz unterstützt werden sollen. Die Bedingungen und Beiträge waren mit der Europäischen Union ausgehandelt worden und bedeuten eine Fortführung des bilateralen Weges.

Inkrafttreten der revidierten Verordnung über die Integration der Ausländerinnen und Ausländer (VIntA)

Am 1. Februar 2006 ist die revidierte Verordnung über die Integration der Ausländerinnen und Ausländer in Kraft getreten. Die Änderungen betreffen organisatorische Fragen wie die neue Koordinationsfunktion des Bundesamts für Migration, die Einrichtung von Ansprechstellen für Integrationsfragen in den Kantonen sowie die Verpflichtung der Migrationsbehörden, über Integrationsangebote zu informieren. Neu kann «erfolgreiche Integration» zu einer Erteilung der Niederlassungsbewilligung bereits nach fünf Jahren führen. Bestimmte Personengruppen können mittels einer Integrationsvereinbarung zu Sprach- oder Integrationskursen verpflichtet werden. Die EKA hat zuhanden der Behörden einen Leitfaden erstellt, wie der Begriff «Integration» je nach Kontext gefasst werden kann, damit dem Grundsatz der Gleichbehandlung entsprochen werden kann (mehr dazu im Kapitel «aktivitäten»).

Im Nachgang zur Annahme des Ausländergesetzes durch den Souverän ist das Bundesamt für Migration derzeit daran, die VIntA einer erneuten Revision zu unterziehen. Die Vernehmlassung mit Kantonen und Interessenverbänden erfolgt in der ersten Hälfte von 2007, das Inkrafttreten ist für den 1.1.2008 vorgesehen.

Bericht des BFM zu den «Problemen der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz»

Der vom Departementchef des EJPD Christoph Blocher im Vorjahr in Auftrag gegebene Integrationsbericht des Bundesamts für Migration wurde am 2. Mai 2006 unter dem Titel «Probleme der Integration von Ausländerinnen und Ausländern

aspekte

in der Schweiz – Bestandesaufnahme der Fakten, Ursachen, Risikogruppen, Massnahmen und des integrationspolitischen Handlungsbedarfs» der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Bericht bietet eine Übersicht über die rechtlichen Grundlagen sowie über den aktuellen Stand der Zuständigkeiten und Instrumente der Integrationsförderung auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene. Anhand der elf Integrationsbereiche Schule, Berufsbildung, Arbeitsmarkt, Soziale Sicherheit, Gesundheit, Sprache, Wohnumfeld und Quartierentwicklung, Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, Mitbestimmung und Einbürgerung, Religion und Kultur, Sicherheit sowie die besondere Situation der anerkannten Flüchtlinge und der vorläufig Aufgenommenen wurden Fakten und Erkenntnisse aus der Forschung zur Situation der Migrationsbevölkerung in der Schweiz zusammengestellt. Für einzelne Bereiche wie Schule, Berufsbildung, Arbeitsmarkt und Soziale Sicherheit wurden Risikogruppen definiert und konkrete Massnahmen vorgeschlagen.

ZUR LAGE DER AUSLÄNDER IN DER SCHWEIZ

Der Bericht mit Umsetzungsvorschlägen wurde dem Bundesrat im August 2006 unterbreitet. Die Beratung im Bundesrat resultierte in einem Auftrag an die zuständigen Departemente und Ämter, die in ihren Zuständigkeitsbereichen zu treffenden Massnahmen zu bezeichnen und Verbesserungen vorzuschlagen. Der Koordinationsauftrag über das Vorgehen zur Umsetzung der Empfehlungen liegt bei der Interdepartementalen Arbeitsgruppe für Migrationsfragen (IAM) unter dem Vorsitz von Eduard Gnesa, Direktor des Bundesamts für Migration. Die empfohlenen Massnahmen sollen in der ersten Jahreshälfte des Jahres 2007 dem Bundesrat unterbreitet werden.

Einbürgerung / Bürgerrecht

Entwicklungen auf nationaler Ebene

Am 1. Januar 2006 trat das revidierte Bürgerrechtsgesetz des Bundes in Kraft. Dieses enthält unter anderem Präzisierungen zu den Voraussetzungen für die Wiedereinbürgerung und für die erleichterte Einbürgerung; die zentrale Neuerung stellt aber zweifellos die Regelung dar, wonach Kantone und Gemeinden seit dem 1. Januar 2006 für ordentliche Einbürgerungen nur noch kostendeckende Gebühren erheben dürfen. Die Erhebung von «Einkaufstaxen» ist damit nicht mehr zulässig. Dies führt dazu, dass für das Einbürgerungsverfahren in vielen Kantonen und Gemeinden mehrere Tausend Franken weniger bezahlt werden müssen.

Die Bundeskanzlei gab am 10. Januar 2006 bekannt, dass die von der SVP lancierte Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen» nach einer Nachzählung knapp zustande gekommen ist. Überdurchschnittlich viele Unterschriften mussten bei der Nachzählung für ungültig erklärt werden. Gegen insgesamt 28 Personen, welche die Initiative mehrmals unterschrieben hatten, wurde in der Folge Strafanzeige erstatet. Die SVP-Initiative verlangt, dass die Stimmberechtigten in der Gemeindeordnung selber festlegen können, welches Organ das Gemeindebürgerrecht erteilt. Weiter soll der Entscheid dieses Organs endgültig sein und nicht mehr von einer richterlichen Instanz überprüft werden können. Die Abstimmung über diese Volksinitiative wird voraussichtlich 2008 stattfinden.

Die Parlamentarische Initiative Pfisterer strebt eine rechtskonforme Kompromissregelung zwischen demokratischer Mitsprache und rechtsstaatlichem Verfahren an. Einerseits sollen die Kantone das für die Einbürgerung zuständige Organ festlegen können; Urnenentscheide wären somit wieder möglich. Andererseits werden die

Kantone durch das Bürgerrechtsgesetz des Bundes verpflichtet, auf kantonaler Ebene Rechtsweggarantien zu verankern. Im rechtlichen Sinne stellt sich die Frage, ob eine Gesetzesrevision im Sinne der Initiative Pfisterer überhaupt nötig ist. Einerseits bestimmen die Kantone schon heute, wer auf kommunaler Ebene für den Einbürgerungsentscheid zuständig ist, vorausgesetzt dass Urnenentscheide ausgeschlossen sind und negative Entscheide sachlich begründet werden können. Andererseits müssen die Kantone mit Inkrafttreten von Artikel 29a der Bundesverfassung am 1. Januar 2007 innert zweier Jahre kantonale Rechtsmittelwege schaffen. Von dieser Regelung ausgenommen sind allerdings Entscheide mit vorwiegend politischem Charakter. Laut Bundesgesetz über das Bundesgericht ist die Einbürgerung eine dieser Ausnahmen (Art. 83, Bst. b).

EINBÜRGERUNGEN VOR BUNDESGERICHT

Am 10. Mai 2006 fand am Bundesgericht eine öffentliche Beratung zu zwei negativen Einbürgerungsentscheiden in der Gemeinde Brugg (AG) (1P.570/2005) und im Kanton Basel-Landschaft (1P.324/2005) statt. Beide Gesuche waren mit der Begründung einer mangelnden Integration abgelehnt worden. Während die Beschwerdeführerin im ersten Fall geltend machte, dass der Entscheid nicht genügend begründet gewesen sei, beantragte die Beschwerdeführerin im zweiten Fall, dass der Beschluss der kantonalen Legislative aufzuheben sei, da dieser gegen das Diskriminierungsverbot und die verfassungsmässig garantierte Religionsfreiheit verstosse und zudem die Europäische Menschenrechtskonvention verletze. Während das Bundesgericht die Begründung der Gemeinde Brugg als ungenügend erachtete, wies es die Beschwerde im zweiten Fall ab. Nicht geäussert haben sich die Richter darüber, welche materiellen Kriterien erfüllt sein müssen, damit die Integration als erfüllt betrachtet werden kann. Mit seinen Entscheiden bestätigte das Bundesgericht die Notwendigkeit einer sachlichen Begründung bei negativen Entscheiden. Im Laufe der Verhandlung wurde zudem deutlich, dass es den politischen Charakter der Einbürgerung wieder stärker anerkennt als dies anlässlich der Verhandlungen vom 9. Juli 2003 der Fall war.

Kantonale und kommunale Entwicklungen

Die Bundesgerichtsentscheide vom 9. Juli 2003 haben eine eigentliche Neuordnung im schweizerischen Bürgerrecht in Gang gebracht. Die Übergangsbestimmungen, welche Urnenentscheide ausschliessen und für negative Entscheide eine Begründungspflicht erforderlich machen, wurden vielerorts ins ordentliche Recht überführt. Trotz anfänglicher Kritik an den Bundesgerichtsentscheiden werden die entsprechenden Neuerungen in den Kantonen und Gemeinden in der Regel gut akzeptiert. Zudem haben die Kantone und Gemeinden ihre Gesetze und Verordnungen an die neue Gebührenregelung des Bundes angepasst. Nach wie vor ausgeschlossen ist hingegen in zahlreichen Kantonen die richterliche Überprüfung von ablehnenden Einbürgerungsentscheiden.

Bürgerrechtsrelevante Änderungen wurden nicht nur über Gesetze und Verordnungen sondern auch über die Kantonsverfassungen und Gemeindeordnungen vorgenommen:

Am 1. Januar 2006 trat die neue Zürcher Kantonsverfassung in Kraft. Diese eröffnet den Gemeinden die Möglichkeit, die Einbürgerungskompetenz an ein von den Stimmberechtigten gewähltes Exekutivorgan oder an die Gemeindeversammlung zu delegieren.

aspekte

Im Kanton Bern haben die Stimmberechtigten die Zuständigkeit über Einbürgerungen an das jeweilige Exekutivorgan übertragen. Die Zuständigkeitsverlagerung wurde vom Souverän in Anbetracht der gestiegenen Anforderungen an das Einbürgerungsverfahren als naheliegende und aus rechtsstaatlichen Gründen sinnvolle und organisatorisch geeignete Lösung betrachtet. Die entsprechende Gesetzesänderung trat am 1. Juni 2006 in Kraft.

Auch im Kanton Solothurn gilt ein neues Bürgerrechtsgesetz. In der ursprünglichen Fassung sollten kantonale und kommunale Einbürgerungsentscheide an die Exekutive – also an das Volkswirtschaftsdepartement bzw. an den Bürger- oder Einwohnerrat – delegiert werden. Im Laufe der Beratungen wurde den Bürger- und Einwohnergemeinden dann doch freigestellt, selber zu bestimmen, ob sie das Exekutivorgan oder die Bürger- bzw. die Einwohnerversammlung mit dem Entscheid betrauen. Trotzdem ergriff die SVP gegen dieses Gesetz das Referendum. Am 24. September 2006 wurde das Gesetz vom Volk deutlich angenommen.

Im Kanton Obwalden wurde das Bürgerrechtsgesetz an die Rechtsprechung des Bundesgerichts angepasst. Am 21. Mai 2006 wurde das Gesetz mit deutlichem Mehr gutgeheissen.

Am 24. September 2006 wurde im Kanton Schaffhausen über ein revidiertes Bürgerrechtsgesetz abgestimmt. Jugendliche der zweiten Generation werden von einer erleichterten Einbürgerung profitieren. Neben den bisherigen Anforderungen werden neu ausreichende Sprachkenntnisse, geordnete persönliche und finanzielle Verhältnisse sowie Kenntnisse der mit dem Bürgerrecht verbundenen Rechte und Pflichten verlangt.

Asylpolitik

Die Schweiz hat – wie mehrere Länder der Europäischen Union – ihre Asylpolitik verschärft. Am 24. September 2006 haben Volk und Stände die vom National- und vom Ständerat im Dezember 2005 verabschiedeten Revisionen zum Asylgesetz (AsylG) mit grosser Mehrheit gutgeheissen. So sieht seit dem 1. Januar 2007 die neue Formulierung der Nichteintretensgründe vor, dass die Asylsuchenden verpflichtet sind, für den Nachweis ihrer Identität ausschliesslich Reisedokumente (Pass oder Identitätskarte) zu verwenden, dass also ein Führerausweis oder ein anderes Legitimationspapier nicht mehr genügt. Jedoch wird die Behörde wie bisher auf das Gesuch eintreten, wenn die betreffende Person das Fehlen von Dokumenten begründen oder die Flüchtlingsqualität beweisen kann. Zudem wird die Höchstdauer der Zwangsmassnahmen für Erwachsene auf maximal 18 Monate festgelegt, während sie bisher 9 Monate betrug. Und schliesslich wird Asylsuchenden, deren Gesuch mit einem materiellen Entscheid abgelehnt wurde, die Sozialhilfe ebenso entzogen wie Personen mit einem Nichteintretensentscheid.

Parallel zu diesen Beschränkungsmaßnahmen sieht das revidierte Gesetz seit dem 1. Januar 2007 für vorläufig Aufgenommene (2006: ungefähr 30% der Asylsuchenden) in den Bereichen Familiennachzug, Arbeitsmarktzugang und Erlangung einer Aufenthaltsbewilligung eine verbesserte Rechtsstellung vor. Zudem können die Kantone künftig in Härtefällen nach einer fünfjährigen Anwesenheit der betroffenen Person eine ausländerrechtliche Regelung verlangen.

Die Schweizerische Asylrekurskommission (ARK) hat mehrere Grundsatzentscheide veröffentlicht, welche die Asylpraxis dauerhaft beeinflussen werden. Im Juni 2006 hat sie ihre Rechtsprechung tiefgreifend geändert, indem sie die nichtstaatliche Verfolgung als verfahrenserheblich anerkennt. Im Oktober hat die Kommission entschieden, dass Frauen, die in einer Zwangsehe unter Gewalt leiden mussten, Chancen auf Anerkennung als Flüchtling erhalten, wenn die staatlichen Behörden ihre Schutzverpflichtungen nicht erfüllen. Schliesslich hat die ARK im November den Geltungsbereich von Artikel 32 Absatz 2 Buchstabe f AsylG eingeschränkt. Künftig führt die Tatsache, dass eine asylsuchende Person in einem EU- oder EFTA-Mitgliedstaat bereits ein Asylverfahren durchlaufen hat, das mit einem Negativentscheid endete, nicht mehr zu einem Nichteintretensentscheid in der Schweiz, wenn diese Person die Flüchtlingseigenschaft beweisen kann.

NICHTSTAATLICHE VERFOLGUNG WIRD ANERKANNT

Die Asylstatistik für 2006 weist im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöhte Zahlen auf. Von 10'537 Personen, die ein Asylgesuch einreichten, kommen 1'225 aus Serbien und Montenegro; dies entspricht 15% der Gesuche (2005: 1'506). An zweiter Stelle folgen die Staatsangehörigen aus Eritrea mit 1'201 Gesuchen (2005: 159), an dritter Stelle die irakischen Staatsangehörigen mit 816 Gesuchen (2005: 486). Interessant ist der starke Anstieg der Asylgesuche im Herbst 2006 (1'230 Gesuche im Oktober gegenüber 657 Gesuchen im April). Das BFM erklärt diesen Anstieg damit, dass die Betroffenen unbedingt ihre Chance wahrnehmen wollten, bevor am 1. Januar 2007 die neuen Bestimmungen in Kraft traten.

Dass die Asylgesetzrevision im September 2006 von fast 70 Prozent der Stimmbevölkerung gutgeheissen wurde, hat die Beobachter umso mehr überrascht, als die Zahl der Asylgesuche seit 1999 auf ein Viertel zurückgegangen war. Die grosse Zustimmung lässt sich unter anderem damit erklären, dass sich die Bevölkerung im Gegenzug zur Öffnung der Binnengrenzen der EU die Möglichkeit offenhalten will, die aussereuropäische Einwanderung zu kontrollieren. Das im restriktiven Sinne revidierte Asylgesetz wird solchermassen zur komplementären Ergänzung des neuen Ausländergesetzes und folgt damit ebenfalls dem Grundsatz der «ausgewählten Einwanderung».

Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Vom 9. bis 13. Januar 2006 stattete der UNO-Sonderberichterstatteur zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz, Doudou Diène, der Schweiz einen offiziellen Besuch ab. In seinem reich befrachteten Programm führte er sowohl mit Vertretungen der Regierung und der Verwaltung auf eidgenössischer Ebene und jenen in den drei Sprachregionen der Schweiz als auch mit Repräsentantinnen und Repräsentanten zivilgesellschaftlicher Organisationen zahlreiche Gespräche (vgl. auch Kapitel «aktivitäten», Abschnitt «Vernetzung») und besuchte diverse Einrichtungen und Projekte. Er appellierte daran, sich mit der Tatsache auseinanderzusetzen, dass mit der fortschreitenden Globalisierung auch eine zunehmende Multikulturalisierung unserer Gesellschaft stattfindet. Aufgrund dieser Tatsache müssten die verantwortlichen Stellen stärker als bisher bemüht sein, die Gestaltung des Zusammenlebens in einer pluralistischen Schweiz auch unter dem Blickwinkel der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv anzugehen. Vor diesem Hintergrund hielt Doudou Diène anlässlich seiner Medienorientierung vom 13. Januar 2006 fest, dass in der Schweiz – wie in andern Ländern auch – deutliche rassistische Tendenzen auszumachen seien. Als besonders schwerwiegend bezeichnete Doudou Diène die «Banalisation von Rassismus und

aspekte

Xenophobie», die dazu führe, dass entsprechende Äusserungen salonfähig geworden seien und auch in parteipolitischen Diskursen auftauchten. Doudou Diène wird seinen Bericht voraussichtlich im März 2007 dem UNO-Menschenrechtsrat vorlegen.

Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) thematisierte im Berichtsjahr Fragen der Diskriminierung im öffentlichen Raum, welche sich bei Verweigerungen beim Zugang etwa zu Diskotheken oder Clubs manifestiert und häufig Menschen mit einem «ausländischen» Aussehen betrifft. Mit Ausgrenzung und Diskriminierung zu kämpfen haben nach der Analyse der EKR auch in- und ausländische Fahrende, die in der Schweiz nach wie vor als «Fremde» betrachtet werden. Die EKR legte ausserdem einen Bericht vor, in welchem sie ihre Stellungnahme zu «Mehrheit und muslimischer Minderheit in der Schweiz» veröffentlichte. Sie hielt fest, dass Muslime tendenziell kollektiv für das Weltgeschehen verantwortlich gemacht würden und dass sich viele von ihnen im täglichen Leben Diskriminierungen ausgesetzt sähen. Der Bericht soll zu einer vermehrten Akzeptanz der muslimischen Gemeinschaften in der Schweiz beitragen. Vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatte um die Anti-Rassismus-Strafnorm schliesslich veröffentlichte die EKR eine Liste mit häufigen Fragen und Antworten zum Rassendiskriminierungs-Strafartikel (www.edi.admin.ch/ekr/).

Im Juni 2006 startete die Jugendkampagne des Europarats «alle anders – alle gleich». Die Kampagne setzt sich für gelebte Vielfalt, Gleichberechtigung und die Menschenrechte ein und möchte Jugendliche motivieren, am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen. Sie dauert bis im September 2007 und wird vom Dienst für Jugendfragen des Bundesamtes für Sozialversicherungen und der Fachstelle für Rassismusbekämpfung koordiniert.

Parlamentarische Vorstösse

Seit den 1990er Jahren haben die politischen Diskussionen um Integration im Parlament eine sozial- und eine sicherheitspolitische Dimension. Letztere hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Dies zeigt sich beispielsweise an zwei politischen Vorstössen zur Ausländerkriminalität und zur Ausländerfeindlichkeit. Jean Henri Dunant (SVP; BS) sucht nach Möglichkeiten, die Ausländerkriminalität und die Jugendgewalt wirksamer zu bekämpfen. Dazu beitragen könne eine bessere Kenntnis der Fakten. In seiner Antwort schreibt der Bundesrat, dass der Bund und die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren im Begriff seien, die derzeitigen Mängel der polizeilichen Kriminalstatistik zu beheben. Geeignete Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendgewalt sieht der Bundesrat im revidierten Jugendstrafrecht und in Projekten zur Gewaltprävention, die im Rahmen der Integrationsförderung des Bundes unterstützt werden. Auf die Frage, was der Bundesrat gegen Ausländerfeindlichkeit tue (Hans Widmer SP; LU), antwortet dieser, dass das Gefühl der Unsicherheit von staatlicher Seite nicht durch das Aufzeigen der Ursachen zu beheben sei. Wichtig sei vielmehr das konsequente Vorgehen der Behörden gegen gesetzwidriges Verhalten. Weiter sei für die richtigen Rahmenbedingungen der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung zu sorgen.

AUSLÄNDISCHE JUGENDLICHE IM BRENNPUNKT

Über die im Abschnitt zu den Entwicklungen im Bürgerrecht genannten Vorstösse hinaus hat die SVP im Parlament eine Reihe weiterer Anfragen eingereicht. Diese zielen allesamt darauf hin, das Bürgerrecht zu verschärfen, die Verleihung des Bürgerrechts als politischen Akt zu statuieren und rechtsstaatliche Erfordernisse zu umgehen. So sollen Einbürgerungswillige verpflichtet werden, eine Loyalitätserklärung

zur Bundesverfassung und der schweizerischen Rechtsordnung abzugeben. Verhalten sie sich in der Folge im Widerspruch zu der Erklärung, soll der Einbürgerungsentscheid rückgängig gemacht werden können. Durch die Änderung der Bundesverfassung soll Doppelbürgerinnen und Doppelbürger die Schweizer Staatsbürgerschaft entzogen werden können, wenn diese gegen die Rechtsordnung verstossen. Gesetzlich soll sicher gestellt werden, dass nur noch Personen eingebürgert werden, die im Besitz einer Niederlassungsbewilligung sind. Zudem sollen die kantonalen Einbürgerungsbehörden Zugriff auf das automatisierte Strafregister des Bundes erhalten, um strafrechtliche Einträge selber einsehen zu können. Aus der Sicht der Schweizer Demokraten soll das Bürgerrechtsgesetz dahingehend geändert werden, dass «nur eingebürgert werden kann, wer auf sein Herkunfts-Bürgerrecht verzichtet». Von Seiten der CVP wird schliesslich verlangt, dass die fünfjährige Frist für die Nichtigkeitsklärung einer Einbürgerung ausgedehnt wird.

Im Juni nahm der Bundesrat Stellung zur Motion von Nationalrat Philipp Müller (FDP, AG). Diese fordert, dass die theoretische Fahrprüfung überall in der Schweiz lediglich in den Landessprachen und in Englisch durchgeführt wird. Einige Kantone bieten die Tests heute in weiteren fünf Sprachen an. Der Bundesrat erklärte sich bereit, das Begehren in einem Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Strassenverkehrsgesetzes zur Diskussion zu stellen. Im November beschloss die Vereinigung der Strassenverkehrsämter, ab 2008 die Theorieprüfung nur noch auf Deutsch, Französisch und Italienisch anzubieten.

Integrationsbemühungen in Kantonen und Gemeinden

In allen Kantonen gibt es nun Integrationsdelegierte oder zumindest offizielle Ansprechstellen für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern, so wie es die neue Integrationsverordnung auf Bundesebene vorsieht. Allerdings sind enorme Unterschiede in der Ausstattung und den Kompetenzen der verschiedenen Stellen auszumachen.

2006 sind einige personelle Änderungen bei den Integrationsdelegierten zu verzeichnen. In Genf wurde Paul-Olivier Vallotton, der die Einwohnerkontrolle geleitet hatte, überraschend zum neuen Integrationsdelegierten ernannt. Er löst Robert Cuénod ab. Neue Delegierte im Kanton Jura ist Nicole Bart. Neuer Leiter der Integrationsförderung in der Stadt Zürich wurde Christof Meier, bis im Frühling 2006 Koordinator der Integrationsförderung im Sekretariat der EKA. Ende 2006 sind bereits weitere Wechsel bei den Delegierten angekündigt. Francine Evéquoaz verlässt den Kanton Zürich, Christian Raetz den Kanton Waadt. In der Stadt Bern wird die Nachfolge von Gerda Hauck zu regeln sein, in Baden jene von Rada Gajic, in Romanshorn jene von Aliye Gül.

WECHSEL BEI INTEGRATIONS- DELEGIERTEN

Im Kanton Aargau wurde der staatliche Zuständigkeitsbereich in Integrationsfragen auf Gesetzesstufe geregelt. Nach erfolglosen früheren Anläufen stimmte der Grosse Rat im August 2006 einer entsprechenden Gesetzesrevision zu. Das neue Gesetz sieht auch die Einsetzung einer kantonalen Migrationskommission vor. Die Integrationsgesetze der beiden Kantone Basel-Stadt und Baselland sowie das Gesetz für die Integration und gegen Rassismus im Kanton Waadt stecken weiterhin in der parlamentarischen Debatte.

aspekte

Die Stadt Biel hat die Stelle der Integrationsdelegierten definitiv verankert. Bettina Bergner, welche diese Aufgabe bereits während der dreijährigen Pilotphase wahrgenommen hatte, wurde als Delegierte bestätigt. Im Wallis erhalten nach Martigny auch Sitten und Monthey lokale Integrationsdelegierte im Rahmen eines Teilzeitpensums. Die Stadt Kreuzlingen hat neu eine Fachstelle für Integration eingerichtet. Sie wird betreut von Christoph Kreis. In Thun löst die neue Fachkommission für Integration die frühere Kommission für Ausländerfragen ab. Zudem wird die regionale Zusammenarbeit in Integrationsfragen mit den Regionsgemeinden institutionalisiert.

Aus dem reichhaltigen Angebot an praktischer Integrationsarbeit aus den Kantonen seien stellvertretend drei Aktionen erwähnt. Das Programm mit der wohl grössten Ausstrahlung war 2006 «Neuchâtoï», ein «weit gefächertes Unternehmen zum Thema der Neuenburger Identität», das während acht Monaten an rund 500 Veranstaltungen/Ausstellungen/Führungen über 200'000 Personen erreichte, worüber rund 400 Artikel geschrieben wurden. Dem Neuenburger Integrationsbüro unter der Leitung von Thomas Facchinetti ist es damit nicht nur gelungen, das Thema der Identität und Integration in weite Bevölkerungsteile zu tragen. Es hat auch einen neuen Begriff etabliert, der nach Ende des Programms nicht zu verschwinden scheint: Neuchâtoï. Aus dem Kanton St.Gallen kommt ein kleines handliches Büchlein mit dem Titel «Welschkorn, Türgge, Mais». Es ist ein gut gemachter Leitfaden zur interkulturellen Kommunikation für Behörden und Verwaltungen. Übrigens: Mais wurde nach seiner Ankunft in Europa im deutschsprachigen Raum auch unter dem Namen Welschkorn und Türgge angebaut (der Leitfaden ist zu finden auf www.enzian.ch). Zu einer bemerkenswerten Zusammenarbeit haben sich die sechs Zentralschweizer Kantone Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden, Luzern und Zug entschlossen: Alle Integrationsangebote können auf der Internet-Plattform www.integration-zentralschweiz.ch abgerufen werden.

Nationale Forschungen zu integrations- und migrationspezifischen Fragen

Im Rahmen der nationalen Forschungsprogramme NFP 51 zu «Integration und Ausschluss», NFP 52 zu «Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen» sowie NFP 56 zu «Sprachenvielfalt und Sprachkompetenz in der Schweiz» wurde bzw. wird eine Reihe von Forschungen durchgeführt, die teilweise auch die Situation der Migrationsbevölkerung und Fragen der Integration untersuchen. Die NFP 51 und 52 werden 2007 abgeschlossen, das NFP 56 hat noch eine Laufdauer bis Mitte 2009. Zwischenergebnisse aus allen Programmen finden sich auf dem Internet unter www.nfp51.ch, www.nfp52.ch und www.nfp56.ch.

Politische Rechte für Ausländerinnen und Ausländer

Im Juli 2006 trat die neue Verfassung des Kantons Basel-Stadt in Kraft. Diese beinhaltet auch eine kleine Änderung im Bereich des Gemeindestimmrechts. Den beiden kleinen Gemeinden Bettingen und Riehen ist es freigestellt, das Stimm- und Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten auf ausländische Mitbewohner auszudehnen. Für die Stadt Basel ist dies nicht möglich, da sie über kein eigenständiges Gemeindeorgan verfügt.

Im Kanton Bern wurde das Thema Stimmrecht für niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer dank zweier Motionen wieder aufgegriffen. Die Regierung

empfiehlt dem Kantonsparlament die Vorstösse anzunehmen. Demnach wäre es den Gemeinden frei gestellt, das aktive und passive Wahl- und das Stimmrecht einzuführen. Mit einer bemerkenswerten Initiative geht die Stadt Bern voran. Sie stellt allen niedergelassenen Ausländerinnen und Ausländern auf Wunsch die Abstimmungsunterlagen zu. Davon machen rund 2400 Personen regelmässig Gebrauch.

Auch der Zürcher Regierungsrat begrüsst das Ausländerstimmrecht. Er stimmte im Juni 2006 einer Einzelinitiative zu, welche es den Gemeinden frei stellen würde, den Niedergelassenen aktives und passives Wahlrecht und Stimmrecht zu erteilen.

Der Kanton Neuenburg ist der Pionierkanton in Sachen Ausländerstimmrecht. Seit dem 19. Jahrhundert dürfen sie in der Gemeinde abstimmen. Aber gewählt werden können sie nicht. Das möchte eine im Dezember 2004 eingereichte Initiative ändern: Wählbarkeit für alle, auf gemeindlicher und kantonaler Ebene. Der Neuenburger Staatsrat beantragte im Oktober 2006, die Wählbarkeit auf kommunaler Ebene einzuführen.

Im Kanton Waadt fanden die Gemeindewahlen 2006 erstmals mit Beteiligung der rund 85'000 ausländischen Mitbürger statt. 27 Prozent machten von der neuen Möglichkeit Gebrauch, 310 wurden gewählt. Die Stimmbeteiligung war höher als erwartet, tendenziell auch höher als in anderen Kantonen. In Epalinges gaben sogar 49 Prozent der stimmberechtigten Ausländerinnen und Ausländer ihre Stimme ab.

Im Kanton Glarus wandte sich eine überparteiliche Gruppe mit einer «Erklärung für ein Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Glarus» an die Öffentlichkeit. Falls genügend Unterstützung zusammen kommt, soll das Thema auf die offizielle politische Agenda des Kantons gesetzt werden.

Übersicht Politische Rechte (Ende 2006)	
Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf kantonaler Ebene	JU, NE
Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene (in allen Gemeinden).	JU, NE, VD, FR, GE
Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene (wenn die Gemeinde dies beschliesst).	AR, GR, BS (nur Bettigen und Riehen)
Wählbar sind sie (teilweise mit Einschränkungen) in den Gemeinden der Kantone	AR, GR, JU, VD, FR

aktivitäten

Geplante Fusion von EKA und EKF

Die 2005 von Bundesrat Christoph Blocher angekündigte Prüfung einer Zusammenlegung der Eidgenössischen Ausländerkommission EKA und der Eidgenössischen Kommission für Flüchtlingsfragen EKF wurde 2006 weiter vertieft. Im Zentrum der Überlegungen stand nicht nur die Frage der Vor- und Nachteile einer Fusion, sondern auch, wie ein künftiges Mandat einer zusammengelegten Kommission aussehen könnte.

Selbst wenn die EKA nach wie vor die Ansicht vertritt, dass eine Fusion mehr Nach- als Vorteile mit sich bringen würde, scheint eine Zusammenlegung vor dem Hintergrund der Verwaltungsreform unumgänglich. Diese Reform sieht vor, dass im Rahmen einer Überprüfung aller ausserparlamentarischen Kommissionen des Bundes deren rund 60 abgeschafft oder mit solchen, die verwandte Themenbereiche behandeln, zusammengelegt werden sollen. Am 30. November 2006 gab die Bundeskanzlei bekannt, dass 51 Kommissionen aufgehoben werden. Nicht auf der Liste dieser Kommissionen figurierten die EKF und die EKA. Die Frage der Zusammenlegung und die Ausgestaltung eines möglichen neuen Mandats wird dem Bundesrat voraussichtlich im Januar oder Februar 2007 unterbreitet.

Politische Arbeit

Die EKA hat sich 2006 zu vier Plenarsitzungen getroffen. An der Januarsitzung standen die Empfehlungen zu Einbürgerung und Sprachnachweis und die Präsentation einer von der EKA in Auftrag gegebenen Studie zur Prävention von Jugendgewalt im Zentrum. Im Mai liessen sich die Kommissionsmitglieder über die Entwicklungen des integrationspolitischen Diskurses in der Schweiz und in Europa orientieren. Sie diskutierten den Integrationsbericht des Bundesamts für Migration und erhielten vertiefte Informationen aus dem Bereich der Projektarbeit. Schliesslich diskutierten sie die Vor- und Nachteile des neuen Ausländergesetzes, ohne aber eine Abstimmungsempfehlung abzugeben (mehr dazu weiter unten). Zwei Studien bildeten den Schwerpunkt der ordentlichen September-Sitzung: eine Studie über die Partizipationsmöglichkeiten der ausländischen Bevölkerung und über ein Monitoring von Menschenfeindlichkeit und rechtsextremen Einstellungen (Projekt des Nationalen Forschungsprogramms NFP 51). Zudem wurde der erste Entwurf für ein neues Schwerpunktprogramm der Integrationsförderung für die Jahre 2008 bis 2011 präsentiert. Ein Thema stand 2006 auf jeder Traktandenliste: die Zukunft der Kommission. Im September fand dazu eine Sondersitzung statt. Die grosse Mehrheit der Kommission sprach sich dafür aus, die Kommission auch 2008 in der jetzigen Form weiterzuführen. Falls die von Bundesrat Christoph Blocher angestrebte Zusammenlegung mit der Flüchtlingskommission aber nicht zu vermeiden sei, solle ein Mandat für die neue Kommission erarbeitet werden, welches die zentralen Aufgaben des aktuellen Mandats weiterführt. Zur Vorbereitung der Plenarsitzungen und zu weiteren Stellungnahmen traf sich der Politische Ausschuss zu drei Sitzungen.

Volksabstimmung zum neuen Ausländergesetz

Seit den ersten Entwürfen hat sich die Eidgenössische Ausländerkommission mit dem neuen Ausländergesetz auseinandergesetzt. Der Botschaft, wie sie 2002 von Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold vorgelegt worden war, stimmte die Kommission zu, empfahl für die Beratung im Parlament aber noch einige Verbesserungen vor allem

aktivitäten

im Bereich des Familiennachzugs, um mehr Chancengleichheit zwischen den Angehörigen aus EU-/Efta-Staaten und jenen aus Drittstaaten zu erreichen. In beiden Räten wurde das Gesetz aber in die andere Richtung verändert: weniger Rechtsansprüche, mehr Zwangsmassnahmen. Das führte dazu, dass die EKA vom Ausländergesetz, wie es zur Abstimmung kam, nicht überzeugt war. Sie verzichtete aber darauf, für die Volksabstimmung vom 24. September eine Empfehlung abzugeben. Weder ein Nein noch ein Ja erhielten in der Kommission eine klare Unterstützung. Die EKA beschränkte sich darauf, die Vor- und Nachteile des Gesetzes aufzulisten.

Das Ausländergesetz wurde vom Volk klar angenommen. Der wichtigste Pluspunkt ist nach Meinung der Kommission dabei die Verankerung der Integration im Gesetz. Wer als integriert gilt, dem können mehr Rechte zugestanden werden. Noch ist der Begriff Integration gesetzesmässig jedoch nicht genügend klar definiert. Die EKA hat deshalb in einer Medienmitteilung darauf hingewiesen, dass in den Kantonen im Interesse der Chancengleichheit eine Harmonisierung in der Anwendung des Begriffes anzustreben sei. So müssten die gleichen Massstäbe angelegt werden, wenn es darum geht, die Niederlassungsbewilligung bei guter Integration bereits nach 5 Jahren zu erteilen.

Arbeitsschwerpunkt 2006-2007 «Integration und Kommunikation»

Die EKA hat sich für die Jahre 2006-2007 den Arbeitsschwerpunkt «Integration und Kommunikation» gegeben. Hintergrund dafür ist die Feststellung, dass Integration als Begriff von unterschiedlichsten Akteuren verwendet wird und je nach Standpunkt eine spezifische Perspektive damit verbunden ist. Während die einen darunter eine Anpassungsleistung von Migrantinnen und Migranten an die gesellschaftlichen Normen und Werte der Aufnahmegesellschaft verstehen, begreifen die andern darunter die konstruktive Auseinandersetzung zwischen einheimischer und zugewanderter Bevölkerung. Einer anderen Sichtweise zufolge bedeutet der Begriff das Nebeneinander unterschiedlicher kultureller Gruppen. Eine wieder andere versteht darunter die Öffnung bestehender staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen oder begreift Integration als gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Art und Weise, wie über diesen Begriff gesprochen und was darunter verstanden wird, führt immer wieder



Mit der Frage der Integration befasst sich die EKA seit ihren Anfängen 1970. Diese wichtige, noch immer unbeantwortete Frage wurde 1996 in «rondo», der ersten EKA-Zeitschrift, gestellt.

aktivitäten

zu Kontroversen, selbst wenn unterschiedliche Positionen nahe legen, dass Integration als etwas Positives zu betrachten ist.

Die EKA will zur Klärung in diesem Diskursumfeld beitragen und hat im Berichtsjahr eine Reihe von Aktivitäten damit verknüpft:

- «Welche Integration?» heisst die Herbstausgabe 2006 der Zeitschrift der Eidgenössischen Ausländerkommission. Die Beiträge in der Nummer 9 von terra cognita gehen den Entwicklungen in den integrationspolitischen Diskussionen nach, beleuchten Trends auf europäischer und schweizerischer Ebene und stellen Fragen nach den geeigneten Instrumenten der Unterstützung von Integrationsprozessen.
- «Welche Integration?» – dies war auch der Titel der Jahrestagung der EKA vom 16. November 2006 in Biel. Die Tagung widmete sich der Frage, in welcher Weise Integrationsvorstellungen den Alltag prägen und wie sie die Praxis formen (mehr dazu im Abschnitt Information).
- «Der Integrationsbegriff im Gesetz. Leitfaden der EKA für den Umgang mit den neuen Bestimmungen» Diese neue Publikation ist als Hilfestellung für alle Behörden und Institutionen gedacht, die mit dem neuen Gesetzesbegriff konfrontiert sind.
- «Integrationspolitik im Spiegel der Praxis». Unter diesem Titel tagten die eidgenössische, die kantonalen und kommunalen Ausländerkommissionen und Kommissionen für Integration am 7. September 2006 in Luzern. Sie setzten sich mit der Vielzahl von Vorstellungen über Integration auseinander und diskutierten, welche Bedeutung diese auf die Umsetzung in der Praxis haben.

Während 2006 der Fokus des Arbeitsschwerpunkts «Integration und Kommunikation» vor allem auf die Ebene der Diskurse in der Integrationspolitik und der dahinter liegenden Vorstellungen zu «Integration» gelegt wurde, wird sich die Kommission im Laufe des Jahres 2007 mit Fragen der Information über Themen der Integration sowohl bezüglich der Migrationsbevölkerung als auch der Schweizerinnen und Schweizer und der Rolle der Medien auseinandersetzen. Aufgrund der Beschäftigung mit diesen Fragestellungen wird die EKA Empfehlungen erarbeiten. Die thematische Ausrichtung der Jahrestagung 2007 sowie der Herbstausgabe von terra cognita wird sich am Arbeitsschwerpunkt orientieren.

Follow up von früheren Arbeitsschwerpunkten

Im Jahr 2005 liess die EKA im Film «Vivre la diversité - Vielfalt gestalten» vier schweizerische Institutionen porträtieren, die sich für die Partizipation von Migrantinnen und Migranten öffneten. Als Weiterführung des Arbeitsschwerpunkts «Öffnung der Institutionen» wurde dieser Film an verschiedenen Anlässen gezeigt. Rund 300 DVD wurden an Interessierte abgegeben. Im Rahmen der Integrationsförderung wurden im Bereich der «Öffnung der Institutionen» diverse Projekte mitfinanziert und begleitet.

Im Bereich «Habitat» war es der EKA 2005 gelungen, alle wichtigen Partnerorganisationen der Mieter, Hauseigentümer, Liegenschaftsverwaltungen, Hauswarte und der Integration an einen Tisch zu bringen. 2006 konnte nun das Ergebnis dieser Zusammenarbeit, die Broschüre «Wohnen in der Schweiz», vorgestellt werden. Das Infoblatt vermittelt Wissenswertes für Mieterinnen und Mieter in 11 Sprachen.

Empfehlungen zu «Einbürgerung und Sprachnachweis»

Sprachtests für Personen, die sich einbürgern lassen wollen, haben in den letzten Jahren immer wieder für Schlagzeilen und kontroverse Diskussionen gesorgt. Die steigende Zahl der Gesuche und die Verpflichtung, negative Einbürgerungsentscheide zu begründen, haben zahlreiche Gemeinden nach objektiven, messbaren Kriterien im Einbürgerungsverfahren suchen lassen. Ist die Sprache dabei der richtige Gradmesser? Und welche Prüfungsverfahren eignen sich dazu?

Heute kennen bereits vier Fünftel der Kantone – sei es auf Gesetzesebene oder auf der Ebene von Verordnung oder Leitfaden – explizite sprachspezifische Anforderungen. In weiteren Kantonen sind solche Bestimmungen in Arbeit oder werden als notwendig erachtet. In der Praxis steht den Gemeinden und Bürgergemeinden meistens ein erheblicher Spielraum zur Verfügung. Geprüft werden etwa das Sachwissen in Gesprächen, der Inhalt und die Form handschriftlich verfasster Lebensläufe, die Lektüre oder die Zusammenfassung von Zeitungsartikeln. Wenn im Einbürgerungsverfahren Eignungsgespräche geführt werden, finden diese in der Regel in der Umgangssprache statt, wobei der informelle Sprachgebrauch im Vordergrund steht. Bei der Beurteilung stellen die Behörden auf eine Vielzahl weiterer Kriterien ab. Mit dem Gespräch soll der «Gesamteindruck» über die Gesuch stellende Person «abgerundet» werden.

Auf der Grundlage eines Expertenberichts des Lern- und Forschungszentrums Fremdsprachen der Universität Freiburg hat die Eidgenössische Ausländerkommission umfangreiche Empfehlungen zum Thema «Einbürgerung und Sprachnachweis» erarbeitet. Diese knüpfen an bestehende Organisationsformen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden an und zeigen Möglichkeiten auf, die Beurteilung der Sprachkompetenzen von Einbürgerungswilligen zu verbessern. Expertenbericht und Empfehlungen können unter www.eka-cfe.ch heruntergeladen werden.

Stellungnahmen und Vernehmlassungen

2006 war für die Gesetzgebung im Migrationsbereich ein sehr wichtiges Jahr. Nach der Annahme des neuen Ausländergesetzes durch das Stimmvolk müssen verschiedene Verordnungen geändert oder neu geschaffen werden. Zu den Vorschlägen aus dem Bundesamt für Migration konnte die EKA im Rahmen der Ämterkonsultation Stellung nehmen. Sie konzentrierte sich dabei vor allem auf Fragen der Integration – vor allem Integrationsförderung, Sprachkompetenzen, Integrationsvereinbarung – sowie der Zulassung – Familiennachzug, persönliche Härtefälle, Schutz für Opfer und Zeugen von Menschenhandel. Stellung genommen hat die Kommission auch zum umfangreichen Integrationsbericht des Bundesamts für Migration sowie zum Umsetzungsbericht der Tripartiten Agglomerationskonferenz TAK über rechtliche und institutionelle Integrationshemmnisse. Zahlreiche Parlamentarierinnen und Parlamentarier deponierten kurz vor Jahresschluss noch persönliche Vorstösse zu Migrations- und vor allem Einbürgerungsthemen. In ihren Stellungnahmen orientierte sich die Kommission an den Grundsätzen, die Einbürgerung zu erleichtern und zu vereinheitlichen und die Integration als eine Aufgabe sowohl der zuziehenden Individuen wie der aufnehmenden Gesellschaft zu etablieren.

Schliesslich sei erwähnt, dass die EKA selber Gegenstand eines parlamentarischen Vorstosses war. Der Luzerner Nationalrat Ruedi Lustenberger hatte angefragt, ob die EKA sich an einer Referendumskampagne beteiligen dürfe. Der Bundesrat hielt dazu in seiner Antwort fest, dass Stellungnahmen zu Gesetzen – von der Vernehmlassung bis zur parlamentarischen Beratung – im Auftrag des Bundesrates an die EKA

aktivitäten

enthalten seien. «Ebenfalls durch das Mandat abgedeckt ist die Abgabe einer Empfehlung bei einer allfälligen Volksabstimmung.» Nicht möglich wäre allerdings eine «aktive Unterstützung eines Referendumskampfes unter Verwendung von Bundesmitteln». An diesen Vorgaben hat sich die EKA bisher auch immer orientiert.

Nachdem die Schweiz mit einer Änderung ihrer Gesetzgebung die strafrechtliche Verfolgung bestimmter rassistischer Handlungen ermöglicht hatte, trat die Schweiz am 29. November 1994 dem aus dem Jahr 1965 stammenden Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung bei. Dieses Abkommen kodifiziert das Verbot der Rassendiskriminierung und sieht zusätzliche Verpflichtungen im Bereich der Rassismusbekämpfung und -prävention vor. Am 1. Januar 2006 waren 170 Staaten dem Übereinkommen beigetreten. Seither berichtet der Bund regelmässig über die allgemeinen rechtlichen und politischen Entwicklungen in der Schweiz. Die Berichte behandeln insbesondere die Frage der Umsetzung des umfassenden Diskriminierungsverbots in der Bundesverfassung, die konsequente Durchsetzung des Straftatbestands der Rassendiskriminierung sowie weitere gesetzgeberische Massnahmen, mit denen jede Form von Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe und nationaler oder ethnischer Herkunft bekämpft werden soll.

Im Rahmen einer Ämterkonsultation nahm die EKA zum vierten und fünften periodischen Bericht der Schweiz an den UNO-Ausschuss zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung Stellung. Im Zentrum standen dabei das Ausländergesetz AuG und die Verordnung über die Integration der Ausländerinnen und Ausländer, das Bundesgesetz über die Anwendung von Zwang im Ausländerrecht und beim Transport von Personen im Auftrag der Behörden sowie das Bürgerrechtsgesetz.

Der Internationale Pakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte garantiert die klassischen Menschenrechte und Grundfreiheiten. Die vom Pakt garantierten Rechte umfassen das Recht zum Schutz der persönlichen Integrität, die Freiheitsrechte, Verfahrensrechte, politische Rechte, das Diskriminierungsverbot und Minderheitenrechte. Die Schweiz ist dieser Vereinbarung im Juni 1992 beigetreten. Am 5. Dezember 2006 haben 160 Vertragsstaaten den Pakt ratifiziert.

Mit dem Beitritt verpflichteten sich die Vertragsstaaten, periodisch über alle Massnahmen zur Verwirklichung der in ihm anerkannten Rechte zu berichten. Die Staatenberichte müssen die erzielten Fortschritte sowie allfällige Schwierigkeiten, welche die Umsetzung des Paktes behindern, eingehen. Im Rahmen einer Ämterkonsultation nahm die EKA zu folgenden Themen Stellung: Bürgerrechtsgesetz, Ausländergesetz, Verordnung über die Integration der Ausländerinnen und Ausländer und Menschenrechts- und Antisemitismus-Verordnung.

Vernetzung

Im Rahmen seines offiziellen Besuchs empfing Doudou Diène, der UNO-Sonderberichterstatter zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz eine Delegation der EKA. Dabei wurden Fragen der Ungleichbehandlung und Diskriminierung beim Zugang zu Lehrstellen und dem Arbeitsmarkt, bei der Selektion im Bildungswesen, bei Einbürgerungen und im Rahmen der Darstellung von «Ausländern» in den Medien thematisiert.

Präsidium und Sekretariat der EKA folgten auch im Berichtsjahr zahlreichen Einladungen für Podiumsgespräche, Referate und die aktive Mitarbeit in Ar-

beitsgruppen und ständigen Gremien. Dadurch konnten die vielfältigen Kontakte zu verschiedensten Partnern und Trägerschaften weiter gepflegt werden. In ständigem Austausch steht die EKA mit dem Bundesamt für Migration. Vielfältige Kontakte gibt es zu weiteren Stellen in der Bundesverwaltung, etwa im Interdepartementalen Ausschuss Integration IAI oder im Rahmen der ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Erarbeitung einer neuen Strategie Migration & Gesundheit.

Einen regelmässigen, institutionalisierten Erfahrungsaustausch gibt es mit der Eidgenössischen Kommission für Flüchtlingsfragen und der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus. Ein fester Bestandteil des Jahresprogramms ist auch das Treffen mit den kommunalen und kantonalen Ausländerkommissionen, bzw. Kommissionen für Integration (mehr dazu im Abschnitt Information). Wichtige Gesprächspartner sind die Konferenz der kommunalen, regionalen und kantonalen Integrationsdelegierten, die Fachstellen für Integration, die Konferenz der Migrationsämter und die Tripartite Agglomerationskonferenz. Der Dialog mit den Ausländerorganisationen erfolgt in erster Linie über das FIMM, das Forum für die Integration der Migrantinnen und Migranten. Er ergänzt die vielfältigen Kontakte zu den Organisationen und Vereinen, mit welchen das Sekretariat der Kommission im Rahmen des Integrationsförderkredits ständig im Dialog steht.

Arbeitsgruppe «Sans Papiers»

Die von EKA-Mitglied Myrtha Welti geleitete Arbeitsgruppe «Sans Papiers» hat die 2005 begonnene Arbeit im Berichtsjahr fortgesetzt. Dazu gehörte die Prüfung von Dossiers, die der Arbeitsgruppe unterbreitet worden waren (total 83 Dossiers), und die Gespräche mit den verantwortlichen Behörden in den Kantonen und beim Bund. Nicht zuletzt aufgrund dieser Gespräche konnte ein Pilotprojekt zur Harmonisierung der Härtefallregelung in den Kantonen aufgebaut werden. Mit Unterstützung der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) haben sich zehn Kantonsregierungen (BE, BL, BS, GE, GL, NE, TI, VD, ZG, ZH) sowie die Stadt Bern bereit erklärt, bei der Prüfung von Härtefallgesuchen von Sans Papiers enger zusammenzuarbeiten. Mit diesem Pilotprojekt soll längerfristig eine möglichst einheitliche Anwendung der bestehenden Härtefallkriterien in den verschiedenen Kantonen erreicht werden. Zudem ist ein regelmässiger Austausch zwischen den kantonalen Migrationsbehörden und der Arbeitsgruppe zur angestrebten Harmonisierung vorgesehen.

Integrationsförderung

Erstmals stieg die Anzahl der Projektgesuche, die im Rahmen der Integrationsförderung des Bundes innerhalb eines Jahres zu prüfen waren, auf über 800 an. Das bedeutete für die sechs Personen, die im EKA-Sekretariat mit der Projektbearbeitung betraut sind, nochmals Mehrarbeit gegenüber dem Vorjahr – die Grenze der zumutbaren Belastung war damit eindeutig überschritten. Der Projektausschuss der Kommission befand an fünf Sitzungen über die Empfehlungen, welche an das Bundesamt für Migration zum definitiven Entscheid weitergegeben wurden. Darüber hinaus befassten sich die Kommissionsmitglieder mit Fragen der Finanzplanung, mit Evaluationen und der Entwicklung eines neuen Schwerpunktprogramms, das ab 2008 wirksam sein soll.

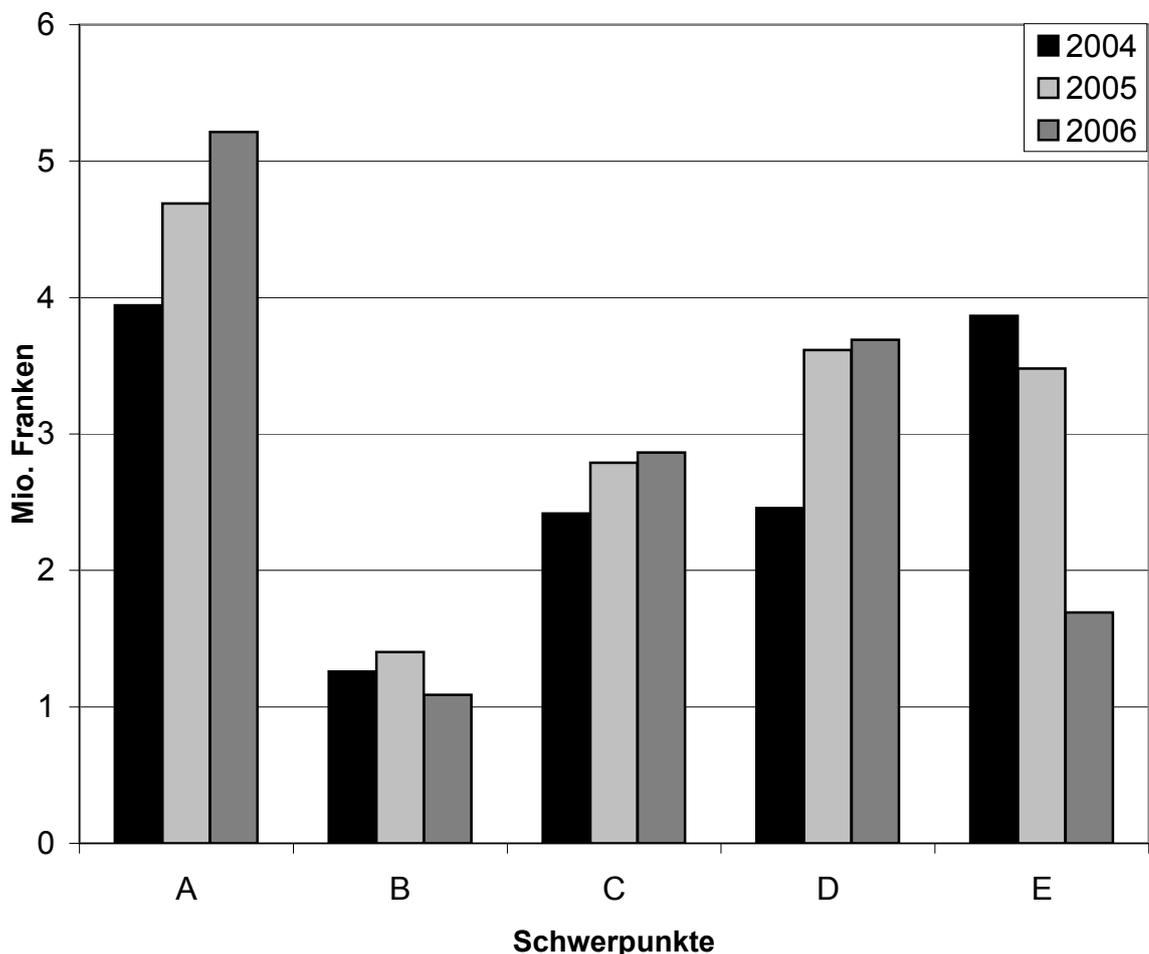
aktivitäten

Projekte 2006

Wie in den Vorjahren wurde auch 2006 der Betrag von 14 Millionen Franken, welcher für die Integrationsförderung des Bundes zur Verfügung steht, vollumfänglich ausgeschöpft. Eingereicht wurden 808 Finanzierungsgesuche mit einer Gesamtsumme von 21.150 Mio. Franken. Rund drei Viertel dieser Gesuche konnten bewilligt werden. Eigentlich hätten noch mehr Projekte den Anforderungen des Schwerpunktprogramms entsprochen, sie konnten aber wegen fehlender finanzieller Mittel nicht unterstützt werden. Umfangmässig ist seit Beginn des Programms 2004 eine ständige Zunahme festzustellen. 2004 wurden 700 Gesuche eingereicht, 2005 waren es 757. 2006 war nochmals ein Anstieg auf 808 Gesuche zu verzeichnen. Der Vergleich der bewilligten Projekte zeigt ebenfalls einen klaren Anstieg: von 502 Projekten in 2004 über 604 in 2005 zu 615 Zusagen in 2006. Die Gesamtsumme der bewilligten Projekte überstieg mit 14.546 Millionen Franken leicht den zur Verfügung stehenden Kredit. Wegen der gestaffelten Auszahlung liegt die bewilligte Gesamtsumme immer höher als die der tatsächlichen Auszahlungen pro Jahr.

Der durchschnittliche Beitrag an ein Integrationsprojekt ist seit 2004 leicht gesunken und liegt 2006 bei 23'652 Franken.

Vergleicht man die einzelnen Schwerpunkte (siehe Tabelle), sind unterschiedliche Tendenzen auszumachen. Während im Schwerpunkt A (Verständigung fördern, Sprachkurse für schwer erreichbare Zielgruppen) jedes Jahr eindeutig mehr Geld für die Projekte bewilligt worden ist, war der Anstieg bei den C-Projekten (kleine Pro-



jekte, die vor Ort das Miteinander der ausländischen und schweizerischen Bevölkerung stärken) sehr moderat. Im Schwerpunkt B (Öffnung der Institutionen) zeigt sich über die drei Jahre hinweg wenig Veränderung, für die Unterstützung der Kompetenzzentren Integration in den Kantonen und Städten (Schwerpunkt D) mussten 2005 und 2006 mehr Mittel eingesetzt werden als im ersten Jahr des Programms. Diese Steigerung ist auf die neu entstandenen Dienste zurückzuführen. Den stärksten Schwankungen unterworfen ist der Schwerpunkt E (Innovation und Qualitätssicherung). Für diese Projekte standen 2006 nur rund 1.7 Mio. Franken zur Verfügung.

Schaut man die regionale Verteilung der bewilligten Beiträge an, fällt auf, dass in den letzten drei Jahren die Integrationsförderung in sämtlichen Kantonen vorangetrieben werden konnte. Mindestens ein Projektantrag kam aus jedem Kanton. Selbstverständlich profitierten die Kantone von der Bundesunterstützung sehr unterschiedlich. Während für den Kanton Uri pro Jahr nur jeweils ein Projekt aufgeführt ist, wurden für den Kanton Zürich zwischen 83 und 109 Projekte bewilligt. Dies entspricht aber ungefähr dem Bevölkerungs- und Ausländeranteil. In Projekte aus dem Kanton Zürich flossen im Berichtsjahr rund 2.5 Millionen Franken. Zwischen 1.0 und 1.2 Millionen Franken lag der entsprechende Wert für die Kantone Bern, Waadt, Basel-Stadt und Luzern (die vollständige Liste der bewilligten Projekte nach Kantonen und Schwerpunkten ist im Anhang zu finden).

Evaluation der Projekte «offene Jugendarbeit»

Jugendliche sind bisher in der Integrationsförderung des Bundes nur am Rande berücksichtigt worden. Mit einer Spezialausschreibung für Projekte im Bereich der offenen Jugendarbeit setzte die EKA in Absprache mit dem Bundesamt für Migration einen Teil des Integrationskredits gezielt für diese wichtige Gruppe ein. In den Jahren 2004 und 2005 wurden mit rund 730'000 Franken 32 Projekte unterstützt, die ausschliesslich auf Jugendliche ausgerichtet sind. Um die Erkenntnisse aus dieser Spezialausschreibung möglichst gut für die künftige Arbeit nutzen zu können, wurden 18 Projekte sorgfältig evaluiert. Im Mittelpunkt der Evaluation stehen insbesondere die geförderten Projektarten, die erzielten Wirkungen sowie die Übertragbarkeit. Die wichtigsten Erkenntnisse knapp zusammengefasst:

- Die offene Jugendarbeit ist nahe bei den Jugendlichen und kann ungewöhnte und innovative Ansätze hervorbringen. Ein grosser Teil des Potenzials für die Integrationsarbeit bleibt jedoch ungenutzt.
- Die offene Jugendarbeit kann Jugendliche mit Migrationshintergrund, die bisher keinen Zugang zu Institutionen der Jugendarbeit hatten, erreichen. Damit das gelingt, sind jedoch ganz spezifische Methoden anzuwenden.
- Dort, wo die Jugendlichen von Anfang an in die Erarbeitung und Ausrichtung des Projekts einbezogen waren, ist eine bessere Beteiligung zu verzeichnen.
- Projekte, die von gut verankerten Organisationen durchgeführt werden, versprechen in der Regel nachhaltige Projektstrukturen und Wirkungen. Eine starke Verankerung kann andererseits aber die flexible Anpassung des Projekts erschweren.
- Je stärker die Jugendlichen am Projekt partizipieren können, umso erfolgreicher ist es.
- Wie stark die unterstützten Projekte zur Gewaltprävention beitragen, kann nicht abschliessend beurteilt werden. Dazu wäre eine Langzeitun-

aktivitäten

tersuchung nötig. Generell lässt sich allerdings sagen, dass Projekte, die Jugendlichen zu mehr Selbstverantwortung und Selbstwertgefühl verhelfen, dazu beitragen können, dass diese nicht unbedingt über Gewalt zu mehr Selbstwertgefühl zu kommen versuchen.

Zum Thema Prävention von Jugendgewalt hat die EKA im Berichtsjahr eine vielbeachtete Studie des Kriminologen Manuel Eisner herausgegeben (mehr dazu unter Information, Publikationen).

Ausblick auf Beitragsjahr 2007

Bis Ende 2006 sind bereits zahlreiche Beitragsgesuche für 2007 eingegangen. Es wäre nicht erstaunlich, wenn 2007 nochmals eine Rekordzahl von eingereichten Projekten verzeichnet werden könnte. Da der vom Parlament für 2007 zur Verfügung gestellt Finanzrahmen wiederum 14 Millionen Franken beträgt, ist damit zu rechnen, dass nicht alle Projekte, die eigentlich die Anforderungen erfüllen, unterstützt werden können.

Evaluation laufendes Programm

Im dritten Jahr des laufenden Schwerpunkteprogramms musste bereits ein erster vorläufiger Evaluationsbericht erstellt werden. Er gab wichtige Hinweise auf die Weiterentwicklung der Integrationsförderung, die 2008 in eine neue Phase treten wird. Das gestaffelte Evaluationsverfahren wird 2008 mit der Veröffentlichung des Syntheseberichts abgeschlossen werden.

Ein Zürcher kehrt nach Zürich zurück

Christof Meier hat wie kein anderer die Integrationsförderung des Bundes verkörpert. Im Jahr 2000 war er von Zürich nach Bern geholt worden, um den neuen Bereich der Integrationsförderung im EKA-Sekretariat aufzubauen. Sechs Monate sollte seine Tätigkeit in Bern dauern, sechs Jahre sind es geworden. 2000 war das Jahr des Umbruchs für die EKA. Aus Protest hatten zahlreiche Mitglieder die Kommission verlassen, das Sekretariat war unterbesetzt. In dieser schwierigen Umbruchzeit musste ein Konzept, ein Programm und eine Struktur für die Integrationsförderung erstellt werden. Denn 2001 stand erstmals der Integrationsförderkredit zur Verfügung. Christof Meier leistete diese Aufbauarbeit zuerst in einem befristeten Mandat, ab 2001 als Koordinator der Integrationsförderung. Er war verantwortlich für die Erarbeitung von zwei Schwerpunkteprogrammen und jährlichen Ausschreibungen, für den Aufbau des Teams, die Bearbeitung der Projektgesuche, die Prüfung der Berichte und Abrechnungen. «Nebenbei» stellte er ein Grossprojekt wie den Ausländertag an der Expo02 auf die Beine (Foto). Während der sechs Jahre standen eigentlich für die Arbeit nie genügend (personelle) Ressourcen zur Verfügung. Umso bemerkenswerter ist der Erfolgsausweis von Christof Meier. 2006, bevor das neue Schwerpunkteprogramm erarbeitet werden musste, verabschiedete er sich von Bundes-Bern und kehrte als Leiter der Integrationsförderung der Stadt nach Zürich zurück.



Besonders wichtig für die Ausarbeitung des neuen Schwerpunktteprogramms sind die Einschätzungen zu Programm und Vollzug. Im vorläufigen Evaluationsbericht, erstellt durch das Büro Vatter, Bern, wird dem Programmkonzept «Vollständigkeit, Klarheit und innere Kohärenz» bescheinigt. Grundsätzlich setze das Programm am richtigen Ort an. Es orientiere sich primär an bestehenden Strukturen und Aktivitäten, die «mit Blick auf einen möglichst effektiven Beitrag an die Integrationsziele mittels eines bottom-up-Ansatzes auf Antrag hin gefördert werden». Die Schwerpunktsetzung wird als «pragmatisch, angemessen und zweckmässig» beurteilt. «Sie entspricht auch weitgehend internationalen Tendenzen der Integrationspolitik.» Während das Gesuchsverfahren klar festgelegt sei, seien die Entscheidkriterien «unterschiedlich konkret definiert und gegen aussen nicht immer vollständig transparent».

Bei der Prüfung des Vollzugs kommt die Evaluation zum Schluss, dass die Arbeit des EKA-Sekretariats von allen Beteiligten als «sehr gut» eingestuft wird, aber «dass die Grenze der Belastbarkeit der Vollzugsstrukturen bereits erreicht oder teilweise sogar überschritten ist». Die ständige Zunahme der Arbeitsbelastung konnte über die Jahre nur teilweise durch Vereinfachungen im Arbeitsablauf wettgemacht werden.

Die Empfehlungen der Evaluation konnten für die Vorbereitung des neuen Schwerpunktteprogramms ab 2008 genutzt werden. Zudem geben sie wertvolle Hinweise für die Ausgestaltung der neuen Aufgabenteilung zwischen der EKA und dem Bundesamt für Migration ab 2008.

Vorbereitung des neuen Schwerpunktteprogramms 2008-2011

Seit 2001 unterstützt der Bund Integrationsprojekte mit finanziellen Beiträgen. Die Vergabe dieser Beiträge basiert jeweils auf einem Schwerpunktteprogramm, das vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement erlassen wird. Das aktuelle Programm läuft Ende 2007 aus. Im Berichtsjahr musste deshalb mit der Vorbereitung des Programms 2008-2011 begonnen werden. Der laufende Prozess der Neuregelung der Zuständigkeiten zwischen BFM und EKA und der Auftrag des Bundesrates zur Koordination der Integrationsmassnahmen auf Bundesebene (Integrationsbericht) bedingten eine enge Zusammenarbeit von EKA und Bundesamt. So waren die Schwerpunkte – soweit dies mit der Zweckbestimmung des Integrationsförderkredits zu vereinbaren ist – mit dem im Integrationsbericht des BFM erwähnten Integrationsbedarf abzustimmen. In den Grundzügen ist dieser mit der bisherigen Ausrichtung des Schwerpunktteprogramms identisch, indem, ausser der beruflichen Integration, die vorab in den Regelstrukturen angesiedelt ist, der Sprachförderung und der sozialen Integration vor Ort das Hauptgewicht beigemessen wird. In der Ausgestaltung dieser beiden Schwerpunkte soll nach dem Ende 2006 vorliegenden Entwurf künftig eine stärkere Fokussierung auf die Zielgruppen die Bedarfsorientierung verbessern. Zudem soll der Vollzug wesentlich vereinfacht werden. Projekte zur Praxisentwicklung sollen die Schliessung erkannter Angebotslücken gezielt vorantreiben. Für die Kompetenzzentren wird in der kommenden Legislaturperiode die Sicherung der längerfristigen Finanzierung geklärt werden müssen, da der Integrationsförderkredit nicht für dauerhafte Subventionierungen bestimmt ist.

Der von der EKA erarbeitete und dem Departementsvorsteher Ende 2006 vorgelegte Entwurf für das neue Schwerpunktteprogramm basiert auf zahlreichen Gesprächen mit verschiedenen Personenkreisen wie der EDK, der Interdepartementalen Arbeitsgruppe IAI, den Integrationsdelegierten, Hilfswerken, Fachpersonen (z.B. für

aktivitäten

Frühförderung, Spracherwerb). In bilateralen Gesprächen mit den integrationsrelevanten Bundesämtern wurden die jeweiligen Zuständigkeiten und Kooperationspotenziale ausgelotet, um den subsidiären Charakter der Schwerpunkte sicherzustellen.

Ein wesentliches Element des neuen Schwerpunkteprogramms liegt im Vollzug: In Übereinstimmung mit der sich in Revision befindenden VIntA sollen die Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen neu geregelt und die Unterscheidung zwischen den Zielgruppen Ausländer, Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen aufgehoben werden. Der Bund soll hauptsächlich über Ziele, Programme und Leistungsverträge steuern und Anreize zur Praxisentwicklung fördern, während die Kantone die Verantwortung für die operative Steuerung der mitfinanzierten Angebote wahrzunehmen hätten.

Das neue Schwerpunkteprogramm wird voraussichtlich im zweiten Quartal 2007 erlassen werden. Die ersten Projekteingaben werden im Herbst des gleichen Jahres möglich sein.

Information

Nationale EKA-Tagung: Welche Integration?

Am Tag bevor sich Bundesrat und Parteispitzen im November ausführlich zum Thema Integration unterhielten, wurde an der Jahrestagung der EKA in Biel die Frage diskutiert, in welcher Weise unterschiedliche Integrationsvorstellungen den Alltag prägen und wie sie die Praxis formen. Der erste Teil der sehr gut besuchten Veranstaltung widmete sich den nationalen Kontexten. Er beleuchtete die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Integrationsverständnissen und deren Umsetzung in Belgien und in der Schweiz. Der zweite Teil der Tagung legte den Fokus auf die Institutionen. Er gab Akteurinnen und Akteuren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern, die zur Ausgestaltung und Strukturierung der Integrationsdiskurse beitragen, das Wort. In seinem abschliessenden Tagungskommentar listete Etienne Piguet, Professor an der Universität Neuenburg, ein paar Gründe auf, warum er dem Anliegen Integration gute Chancen gibt: Die Integration steht auf der politischen Agenda – und das ist gut so. Integration ist ein heikler Begriff, über den es sich zu debattieren lohnt. Integration findet statt – und funktioniert eigentlich gut. Die Schweiz ist ein Einwanderungsland und sie hat die Chance, ein gutes Integrationsland zu sein.



Sonia Gsir von der Universität Liège brachte Erfahrungen aus Belgien in die EKA-Tagung 2006 ein.

Drittes nationales Treffen der eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Ausländerkommissionen

Es gibt eine Vielzahl an Vorstellungen darüber, was Integration bedeutet und warum sie für das gesellschaftliche Zusammenleben von grosser Bedeutung ist. Im Alltag der Ausländerkommissionen und Kommissionen für Integration haben diese Vorstellungen einen unterschiedlichen Stellenwert. Sie fliessen in die politische Arbeit ein, widerspiegeln sich in der lokalen Projektarbeit und beeinflussen die Kommissionen

in der Erfüllung ihrer beratenden Tätigkeiten. Am dritten Treffen der Ausländer- und Integrationskommissionen im September in Luzern stand der Zusammenhang zwischen den Vorstellungen, den Politiken und der Arbeit der Kommissionen im Zentrum.



Publikationen

terra cognita

Die von der EKA 2002 lancierte Zeitschrift «terra cognita» konnte auch 2006 weitergeführt werden. Im Frühling erschien die Nummer 8, «Créations suisses», im Herbst die neunte Ausgabe mit dem Titel «Welche Integration?».

Mit Créations suisses waren für einmal nicht Schokolade oder Taschenmesser gemeint, sondern Produktionen im künstlerisch-kulturellen Bereich. Das Heft zeigt auf, dass viele dieser Kreationen nicht nur durch das künstlerische Schaffen Einheimischer entstehen, sondern dass sie massgeblich auch von Migrantinnen und Migranten geprägt werden. In den zwei Bereichen Literatur und Musik wurden solche Kreationen nicht nur beschrieben, sie konnten authentisch vorgestellt werden. Die Literaturseiten wurden ausgebaut und boten Platz für Ausschnitte aus sieben literarischen Werken. Um die zahlreichen Artikel über Musik zu ergänzen, entschloss sich die Redaktion für ein Novum. Sie legte dem Heft eine Musik-CD bei, einen Sampler mit 20 Titeln, der eigens für terra cognita 8 zusammengestellt worden war. Die CD «Mischpult Schweiz - La Suisse internationale» wurde von der Kulturstiftung Pro Helvetia mitunterstützt. Das «terra-Mischpult» erschien unter dem Titel «Sounds from Home - La Suisse internationale» später auch im Handel.



Mit dem Kernthema Integration befasst sich die Nummer 9 von terra cognita. Im Heft mit dem Titel «Welche Integration?» sind mehrere Beiträge zu finden, die das Thema von der persönlichen Seite her angehen. Wer bin ich? Wer sind sie? Wie sehen sie mich? Wie sehe ich sie? Dazu kommen historische Rückblicke und Texte zur aktuellen Integrationspolitik und -praxis in der Schweiz, aber auch im europäischen Vergleich. Mit seiner breiten Auslegeordnung kann das Heft einen Beitrag zu einer vertieften Diskussion über «die Integration» leisten; ein Thema, das im Verlaufe des Jahres immer stärker in den Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit geriet.

aktivitäten

Materialien zur Integrationspolitik

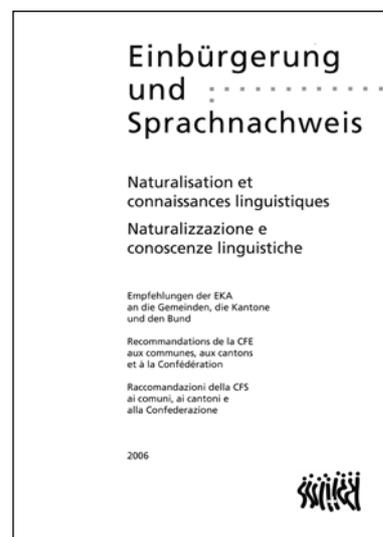
In der Reihe «Materialien zur Integrationspolitik» hat die EKA 2006 eine Studie zum Thema Gewaltprävention bei Jugendlichen publiziert, welche der in Cambridge lehrende Kriminologe Manuel Eisner – zusammen mit Denis Ribeaud und Stéphanie Bittel – in ihrem Auftrag verfasst hat. Die Studie «Prävention von Jugendgewalt – Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik» zeigt auf, welche Art von Projekten als wirkungsvoll zu betrachten sind und in welchen Bereichen Gewaltprävention vorrangig ansetzen sollte. Die 60 Seiten umfassende Studie liegt in deutscher und französischer Fassung vor.

Weitere Publikationen

Die von der Kommission erarbeiteten Empfehlungen zu «Einbürgerung und Sprachnachweis» liegen ebenfalls als Publikation vor (deutsch, französisch, italienisch). Sie stiessen auf reges Interesse. Im Laufe des Jahres hatten Gemeinden und weitere Interessierte bei der EKA 1'800 Exemplare bestellt (mehr dazu im Abschnitt zur politischen Arbeit).

Kann Integration gemessen werden? Mit dieser und ähnlichen Fragen beschäftigen sich verschiedene Amtsstellen und Institutionen vertieft, seit am 1. Februar 2006 die revidierte Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern in Kraft getreten ist. Die Migrationsbehörden können bei einigen Entscheiden zu Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen den «Grad der Integration» berücksichtigen. Zudem kann eine Bewilligung an Bedingungen geknüpft werden, beispielsweise an den Besuch eines Sprach- oder Integrationskurses. Mit ihrem Leitfaden «Der Integrationsbegriff im Gesetz» bietet die EKA den zuständigen Personen in Kantonen und Gemeinden bei der Umsetzung der neuen Vorschriften praxisnahe Hilfestellung. Der Leitfaden ist das Ergebnis mehrerer Hearings mit Vertreterinnen und Vertretern von Behörden, Wissenschaft und weiteren Fachleuten. Er gibt einen Überblick über die wichtigsten Gesetzesänderungen und deren Auswirkung auf die Praxis. Er wurde nach der Annahme des Ausländergesetzes neu aufgelegt.

Die Publikationen sind kostenlos und können beim Sekretariat der EKA bestellt werden. Sämtliche Publikationen sind aber auch in PDF-Form auf der Website der EKA zugänglich.



aktivitäten

Websites

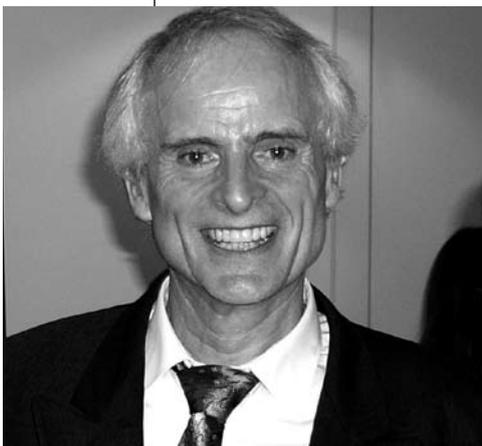
Die EKA unterhält zwei Websites: www.eka-cfe.ch und www.terra-cognita.ch. Die Website zu «terra cognita» bietet alle Artikel aus der Zeitschrift in PDF-Form und enthält bei der Online-Version der Infothek viele interessante Links.

Die Site «eka-cfe» bietet einen umfassenden Service an: Sämtliche Publikationen der Kommission können bestellt, am Bildschirm gelesen oder heruntergeladen werden. Zu wichtigen Themen der Integration und Migration werden Dossiers zusammengestellt. Alle Dokumente, die für die Eingabe eines Projektgesuches im Rahmen der Integrationsförderung notwendig sind, sind auf der Website zum Download bereit. Zudem können aus der Projektdatenbank alle bewilligten Projekte nach Kanton, Schwerpunkt und Jahr abgefragt werden. Angaben zur Kommission, ihrer Zusammensetzung und ihren Aufgaben, Medienmitteilungen und ausgewählte Links (z.B. ein Verzeichnis aller Integrationsdelegierten und der Kompetenzzentren Integration oder zu wichtigen Gesetzesstellen) vervollständigen das Angebot. Die EKA-Website stösst auf immer



Ein Basler verlässt Bern

Die lange Distanz ist das Markenzeichen von Paul Sütterlin. Im Alltag waren es Bahnkilometer. Wahrscheinlich wären es mehrere Weltumrundungen, würde man alle seine Pendler-Kilometer von Basel oder vom Elsass nach Bern zusammenzählen.



Im Sport ist es der Marathon, den er schon fast überall auf der Welt gelaufen ist. Und in seiner Alterskategorie gehört er meist zum Spitzenfeld. Nicht ganz 42 Jahre hat er allerdings in der Bundesverwaltung geschafft. Denn nach bereits 36 Jahren hat er sich 2006 frühzeitig pensionieren lassen. Paul Sütterlin, der Basler, der so lange in Bern gearbeitet hat, begann seine berufliche Laufbahn «beim Bund» im Februar 1970, ein paar Monate bevor die Eidgenössische Ausländerkommission (die damals allerdings Konsultativkommission für das Ausländerproblem hiess) ins Leben gerufen wurde. Paul Sütterlin war damals Beamter bei der «Eidg. Fremdenpolizei». Zu seinen Aufgaben gehörte die Betreuung der Prominenten. In seinem Büro soll er Besuche von Roger Moore, Ornella Muti oder Julie Andrews erhalten haben. 1995 wechselte er dann ins Sekretariat der EKA und beschäftigte sich fortan mit der Integration, in den letzten Jahren schwerpunktmässig mit Fragen des Alters und der Sans Papiers. Persönlich muss er sich auch mit 63 Jahren nicht wirklich mit Altersfragen beschäftigen. Dafür sorgen seine junge Familie und der nächste Marathon in Australien.

aktivitäten

grösser werdendes Interesse. Die Zugriffe nehmen ständig zu. Während die Serverstatistik für das erste Quartal 2003 durchschnittlich 76 Seitenanfragen pro Tag auswies, betrug dieser Wert 2004 bereits rund 500. Für 2006 wurden gar über 900 Anfragen pro Tag gezählt. Zugriffsdaten auf Websiteangebote sind schwer vergleichbar. Der Vergleich des gleichen Wertes über mehrere Jahre gibt aber klare Hinweise auf das Besucherinteresse. Demnach ist dieses Interesse in den letzten vier Jahren um mehr als das Zehnfache angestiegen.

Aufschlussreich ist ein Blick auf die «Hitliste» der meistbesuchten Seiten:

- Die gefragteste Publikation ist die Studie «Prävention von Jugendgewalt». Sie wurde auf Deutsch über 39'000 Mal angeklickt, auf Französisch fast 10'000 Mal.
- Grosser Beliebtheit erfreut sich auch die Projektdatenbank. Sie verzeichnete während des ganzen Jahres über 30'000 Hits.
- Aber auch die elektronische Ausgabe des EKA-Jahresberichts bringt es jeweils auf ein paar tausend Anfragen und liegt damit bedeutend höher als die Zahl der gedruckten Exemplare.

Medienarbeit

Die EKA veranstaltete 2006 zwei Medienkonferenzen. Bei der Jahresmedienkonferenz standen neben dem Rückblick auf 2005 die neue Ausgabe von terra cognita und die Entwicklung bei den Integrationsprojekten im Vordergrund. Die Studie «Prävention von Jugendgewalt» stiess bei der Präsentation im Mai sowohl bei den elektronischen wie bei den Printmedien auf grosses Interesse. Im Rahmen von Medienmitteilungen äusserte sich die Kommission im Laufe des Jahres zu weiteren acht Themen.

Mitglieder der Kommission und des EKA-Sekretariats verfassten zahlreiche Artikel zu verschiedenen Themen. Sie erschienen zum Beispiel in der Zeitschriften des Schweizerischen Gemeindeverbands, des Städteverbands, des Verbands der Bürgergemeinden und Korporationen und in der Zeitschrift für Zivilstandswesen Artikel über die Sprach-Empfehlungen.

anhang

Mitgliederliste Ausländerkommission

Liste der Mitarbeitenden im EKA-Sekretariat

Integrationskredit: Projekte und Beiträge 2006 nach Kantonen und Schwerpunkten

Integrationskredit: Liste der unterstützten Projekte 2006

EKA-Sekretariat (Ende 2006)

Simone **Prodolliet**, Leiterin des EKA-Sekretariats

Elsbeth **Steiner**, Koordinatorin Kommunikation und Support. stv. Leiterin a.i.

Ruth K. **Tennenbaum**, Koordinatorin Integrationsförderung a.i.

Sylvana **Béchon**, Administration und Dokumentation

Prosper **Dombele**, Integrationsförderung

Giuseppina **Greco**, Integrationsförderung

Biljana **Käser**, Integrationsförderung

Adrian **Linder**, Integrationsförderung

Alexandra **Mona**, Administration

Urs **Pfeiffer**, Grundlagen & Politik

Pascale **Steiner**, Grundlagen & Politik

Ana Maria **Witzig-Marinho**, Integrationsförderung



anhang

Mitglieder der Eidgenössischen Ausländerkommission

Francis **Matthey**, Präsident, Alt-Nationalrat, Alt-Regierungsrat NE, La Chaux-de-Fonds, (Ausschuss Politik)

Anna **Rüdeberg-Pompei** Dr. med., Vize-Präsidentin, Italien, Coordinamento nazionale dei COMITES, Wabern (Ausschuss Projekte)

Walter **Schmid**, Dr., Vize-Präsident, Winterthur (Ausschuss Projekte)

Regina **Bühlmann**, Erziehungsdirektorenkonferenz EDK, Bern (Ausschuss Politik/Ausschuss Projekte)

Christina **Burger**, USA/Schweiz, Schweiz. Evang. Kirchenbund, Basel (Ausschuss Politik)

Antonio **da Cunha**, Prof. Dr., Portugal, Fédération des associations portugaises de Suisse, Lausanne (Ausschuss Politik)

Ruth **Derrer Balladore**, Schweizerischer Arbeitgeberverband, Zürich (Ausschuss Politik)

Kais **Fguiri**, Tunesien, Sozialarbeiter, OSAR, Salins/VS

Hans Peter **Flückiger**, Landwirt, Schweizerischer Bauernverband Brugg, Zurzach/AG

Alagipody **Gunaseelan**, Sri Lanka, Pflegemitarbeiter, Luzern (Ausschuss Projekte)

Rudolf **Horber**, Dr., Schweiz. Gewerbeverband, Bern

Vivian **Kiefer-Vargas**, Philippinen/Schweiz, medizinische Laborantin, Basel (Ausschuss Projekte)

Marie-Thérèse **Kuhn**, Verband Schweizerischer Arbeitsämter, Basel

Luzolo Raoul **Lembwadio**, Kongo/Schweiz, Psychologe, BDE Associations et groupements africains, Boudry/NE (Ausschuss Politik)

Juan Rodrigo **Montaluisa** Vivas, Ecuador, Ökonom, Genf (Ausschuss Politik)

Julia **Morais**, Deutschland, Dolmetscherin, Vereinigung der Integrationsdelegierten der Kantone und Städte (Ausschuss Politik)

Gianni **Moresi**, Schweiz. Berufsbildungsämter-Konferenz, Breganzona (Ausschuss Projekte)

Minh Son **Nguyen**, Vietnam/Schweiz, Anwalt, Corseaux/VD (bis Dez. 06)

Carmen **Pereira Fleischlin**, Brasilien/Schweiz, Lehrerin, Zürich (Ausschuss Politik)

Stanislava **Racic**, Kroatien/Schweiz, CH-Bischöfskonferenz, Zürich (Ausschuss Projekte)

Liana **Ruckstuhl**, Schweiz. Städteverband, St. Gallen

Rita **Schiavi Schächpi**, Italien/Schweiz, Gewerkschaftssekretärin GBI Zentralsekretariat Zürich, Basel (Ausschuss Projekte)

Roger **Schneeberger**, Generalsekretär KKJPD, Bern

Dragoslava **Tomovic**, Serbien-Montenegro/Schweiz, Dr. med. Ärztin, Bern (Ausschuss Projekte)

Denis **Torche**, Travail.Suisse, Bern (Ausschuss Politik/Ausschuss Projekte)

Franz **von Graffenried**, Schweiz. Verband der Bürgergemeinden und Korporationen, Bern (bis Ende 06)

Myrtha **Welti**, Alliance F, Bund Schweiz. Frauenorganisationen, Zürich (Ausschuss Politik)

Hatice **Yürütücü**, Türkei/Schweiz, Türkische Gemeinschaft Schweiz, Zürich (Ausschuss Politik)

Maria Luisa **Zürcher-Berther**, Fürsprecherin, Schweiz. Gemeindeverband, Schönbühl

Beat **Meiner**, Ethnologe, Generalsekretär der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, Bern (Beobachter)

Integrationskredit

Anzahl der unterstützten Projekte und Höhe der Beiträge nach Schwerpunkten 2006

Kanton Canton	Total		SP A		SP B		SP C		SP D		SP E	
	N	CHF	N	CHF	N	CHF	N	CHF	N	CHF	N	CHF
AG	34	708'513	3	439'360	1	13'700	28	191'890	2	63'563	0	0
AI+AR	4	15'000	0	0	0	0	4	15'000	0	0	0	0
BE	62	1'164'518	8	463'907	3	67'400	47	282'711	4	350'500	0	0
BL/BS	2	39'720	2	39'720	0	0	0	0	0	0	0	0
BL	19	402'010	4	150'430	0	0	13	91'580	2	160'000	0	0
BS	35	876'111	10	485'880	1	11'600	21	140'631	2	230'000	2	223'000
FR	16	288'400	3	150'000	0	0	12	93'400	1	45'000	0	0
GE	26	744'994	6	171'600	0	0	18	173'394	2	400'000	0	0
GL	2	18'854	0	0	0	0	2	18'854	0	0	0	0
GR	8	157'856	2	83'476	0	0	5	34'380	1	40'000	0	0
JU	8	184'840	1	120'000	0	0	6	34'840	1	30'000	0	0
LU	39	1'011'075	7	336'615	7	256'000	23	165'960	2	252'500	0	0
NE	12	440'650	3	169'500	0	0	7	71'150	2	200'000	0	0
NW+OW	4	48'165	1	27'540	0	0	3	20'625	0	0	0	0
SG	37	769'235	9	278'240	2	47'000	24	163'995	2	280'000	0	0
SH	15	405'000	2	185'000	1	15'000	10	80'000	2	125'000	0	0
SO	17	262'611	7	145'011	1	33'000	9	84'600	0	0	0	0
SZ	6	156'160	1	57'600	1	5'560	3	33'000	1	60'000	0	0
TG	15	493'920	3	287'000	1	25'000	9	81'920	2	100'000	0	0
TI	19	332'430	2	42'930	1	15'000	14	107'500	1	50'000	1	117'000
UR	1	37'800	1	37'800	0	0	0	0	0	0	0	0
VD	50	1'018'302	8	182'997	0	0	37	350'305	3	448'000	2	37'000
VS	21	264'004	5	161'097	1	9'000	15	93'907	0	0	0	0
ZG	12	189'752	2	86'800	0	0	9	42'952	1	60'000	0	0
ZH	109	2'557'814	27	1'017'014	10	321'560	64	436'640	4	720'000	4	62'600
CH	41	1'743'600	1	93'600	7	267'600	7	55'000	3	75'000	23	1'252'400
Total	615	14'546'334	118	5'213'117	37	1'087'420	390	2'864'234	38	3'689'563	32	1'692'000

Integrationsförderung des Bundes: Mitfinanzierte Projekte 2006

Die Liste enthält alle Projekte, die 2006 einen Beitrag aus dem Integrationsförderungskredit des Bundes erhalten haben. Sie enthält den Namen des mitfinanzierten Projektes und der Trägerschaft sowie den bewilligten Beitrag. Die Liste ist entsprechend den Schwerpunkten des Integrationsförderungsprogramms und nach Kantonen geordnet. Wer zusätzliche Angaben zu einem bestimmten Projekt wünscht, muss bei einer Nachfrage die Projektnummer angeben.

Nr.	KT	SP	Projekt / Projet	TS Name	CHF
A-04-0144	AG	A	Deutsch für Familienfrauen	ECAP Aargau	97'200
A-04-0150	AG	A	MuKi-Deutsch. Deutsch- und Integrationskurse für Immigrantinnen und ihre Vorschulkinder an Schulen	machBar Bildungs-GmbH Aarau	250'000
A-04-0153	AG	A	Integrationskurs Deutsch/Beruf/Bildung	ECAP Aargau	92'160
A-05-0983	BL/BS	A	STRUDEL - die andere Schule für Fremdsprachige	Verein STRUDEL	30'000
A-05-1000	BL/BS	A	Textwerkstatt	ECAP Basel	9'720
A-04-0281	BE	A	Integrationskurse: Deutsch und berufliche Orientierung für neu zugezogene MigrantInnen	FORMAZIONE, Regionalstelle Bern der Stiftung ECAP	129'600
A-04-0292	BE	A	HEKS Integrationsprojekte HIP, Konversationskurse	HEKS Regionalstelle Bern	85'000
A-04-0303	BE	A	Deutschkurse für Erwachsene und MuKi-Deutschkurse	Verein zur Förderung der Bildung und Integration, Region Oberaargau, Geschäftsstelle interunido	80'000
A-05-0937	BE	A	Francintégrajube	Université populaire jurasienne	26'875
A-05-0950	BE	A	Atelier D+	Université populaire Jurassienne	10'000
A-05-0997	BE	A	Deutsch und Französisch Intensiv-Integrationskurse	Volkshochschule Biel und Umgebung	60'000
A-06-1702	BE	A	MuKi Deutsch	HEKS Regionalstelle Bern	18'432
A-06-1705	BE	A	Sprachkurse MULTIMONDO	Verein „MULTIMONDO, Multikulturelles Begegnungszentrum Biel“	54'000
A-04-0233	BL	A	Frauenbildungsprojekt Connectica 2	Ausländerdienst Baselland	72'000
A-04-0236	BL	A	Intensiv-Deutschkurs für NeuzuzügerInnen „Allegra“	Ausländerdienst Baselland	45'000
A-06-1703	BL	A	Intensiv-Deutschaufbaukurs für Neuzugezogene Allegra Plus	Ausländerdienst Baselland	12'000
A-06-1704	BL	A	Connectica Plus	Ausländerdienst Baselland	21'430
A-04-0238	BS	A	ASPECTA: Deutsch- und Integrationskurse für fremdsprachige Frauen	ABSM Ausbildungs- und Beratungsstelle für MigrantInnen	72'000
A-04-0240	BS	A	Alphabetisierungskurse für fremdsprachige Erwachsene	ECAP Basel	28'600
A-04-0246	BS	A	Lernen im Park	Lernen im Park/K5	66'000
A-04-0320	BS	A	Integrative Sprachkurse	tipi, Treffpunkt Integration Partizipation Information	31'430
A-04-0323	BS	A	Deutsch und Integration im Quartier	K5 Basler Kurszentrum für Menschen aus 5 Kontinenten	70'560
A-04-0325	BS	A	Integrationskurse für neu zugezogene MigrantInnen im Quartier	ECAP Basel	70'560
A-04-0331	BS	A	Deutsch und Integration in den Gemeinden Riehen und Bettingen	Gemeinden Riehen und Bettingen	15'120
A-04-0349	BS	A	Ich lerne Deutsch fürs Kind in Kindergarten oder Schule	Erziehungsdepartement des Kantons BS, Ressort Schulen, Fachstelle Sprachen	85'000

anhang

A-05-0960	BS	A	Sprachenlernen am Computer	New Visibility GmbH	22'400
A-06-1710	BS	A	Verein „Miteinander vorwärts“	Verein „Miteinander vorwärts“	24'210
A-04-0253	CH	A	Deutsch- / Französischkurse für schwer erreichbare Zielgruppen	Unia	93'600
A-04-0358	FR	A	Formation de base „Lire et Ecrire“, alphabétisation d'adultes	Association Lire et Ecrire	55'000
A-04-0359	FR	A	Apprendre le Français/l'allemand entre femmes avec garderie	Espacefemmes Fribourg	70'000
A-05-0990	FR	A	Französischkurs für Schichtarbeiter und Mütter	Alevitisches Kulturzentrum Fribourg	25'000
A-04-0366	GE	A	Cours de français: vie quotidienne	Croix Rouge genevoise	35'000
A-04-0370	GE	A	C.R.I.P.A.M.	Croix-Rouge genevoise	14'400
A-04-0371	GE	A	Cours d'alphabétisation et de Français	Association Camarada	40'000
A-04-0377	GE	A	Cours de français et de culture générale pour femmes albanaises	Université Populaire Albanaise	37'200
A-05-0945	GE	A	Cours de base de français oral et écrit pour femmes	Association CEFAM	15'000
A-06-1728	GE	A	Le français pour favoriser l'autonomie et l'intégration	Centre d'accueil et de formation de la Roseraie	30'000
A-04-0092	GR	A	Integrationshilfe für Migrantinnen im Kanton Graubünden	Frauzentrale Graubünden	64'800
A-06-1695	GR	A	Deutsch als Fremdsprache	Schule St. Catharina	18'676
A-05-0948	JU	A	Comunica	Commission cantonale jurasienne d'intégration des étrangers	120'000
A-04-0085	LU	A	Deutsch- und Integrationskurse für neu zugezogene MigrantInnen in der Stadt Luzern und Umgebung	Stiftung ECAP Zentralschweiz	86'400
A-04-0091	LU	A	Bildungsangebot für Migrantinnen	Caritas Luzern	63'000
A-04-0100	LU	A	Deutsch- und Integrationskurse für Frauen/ Mütter	FABIA Luzern	65'917
A-04-0114	LU	A	TastaWo	Verein „Migration - Kriens integriert“	8'000
A-04-0117	LU	A	Deutsch- und Integrationskurse für Frauen	CIFL-ENAIIP	50'388
A-05-0947	LU	A	Alphabetisierungskurse für fremdsprachige Erwachsene	Stiftung ECAP Zentralschweiz	32'400
A-05-0976	LU	A	Deutsch- und Integrationskurs für Mütter und Kinder	FABIA Luzern	30'510
A-04-0206	NE	A	Cours de français pour nouveaux arrivants	Bureau du délégué aux étrangers	80'300
A-04-0362	NE	A	Communiquer pour s'intégrer	RECIF	35'000
A-04-0373	NE	A	Programme cantonal de français et d'intégration	Bureau du délégué aux étrangers BDE	54'200
A-05-0977	NW	A	Deutsch- und Integrationskurs für Frauen/ Mütter	FABIA Luzern	27'540
A-04-0094	SG	A	Deutsch für Frauen	Frau Heidi Mettler	19'200
A-04-0095	SG	A	HEKS in-fra Integrationsprojekt für Migrantinnen	HEKS Flüchtlings- und Inlanddienst Ostschweiz	57'600
A-04-0101	SG	A	Deutschkurse für fremdsprachige Frauen	Schule Rorschach	16'000
A-04-0134	SG	A	Mikado-Deutsch- und Integrationskurse für Migrantinnen	PlusPunkt-Zentrum für Bildung und Kultur	51'480
A-04-0151	SG	A	Deutsch für Mütter in den Quartierschulhäusern	Schulamt Stadt St. Gallen	23'000
A-04-0173	SG	A	Deutsch für fremdsprachige Frauen mit Kinderbetreuung	Arbeitsgemeinschaft für Integrationsfragen BILANG Deutschkurse	53'460
A-04-0326	SG	A	Deutschkurs für Fremdsprachige in Degersheim	Wohn- und Pflegeheim Steinegg	17'500

anhang

A-06-1712	SG	A	Domino-Deutsch- und Integrationskurse für Migrantinnen	Sprachschule Susanne Bächler	27'000
A-06-1715	SG	A	Alphabetisierung, Erstes Deutsch für fremdsprachige Frauen	A.I.D.A.	13'000
A-04-0097	SH	A	Co-Opera Schaffhausen-Integrationskurse für MigrantInnen	SAH Schaffhausen	149'500
A-05-0979	SH	A	Deutsch mit Euch	Integres Schaffhausen	35'500
A-04-0269	SO	A	Leben in Biberist	VHS Solothurn / Interessengemeinschaft Biberist	6'173
A-04-0271	SO	A	Leben in Gerlafingen	Volkshochschule Solothurn und IG Gerlafingen	4'890
A-04-0273	SO	A	Leben in Solothurn und Umgebung	Volkshochschule Solothurn	16'020
A-04-0299	SO	A	Lernen in der Gemeinde	HEKS Regionalstelle AG/SO	30'000
A-05-0965	SO	A	Integrationskurs Deutsch/Beruf/Bildung	ECAP Solothurn	25'786
A-06-1711	SO	A	Leben in Grenchen und Umgebung	Volkshochschule Solothurn	7'102
A-06-1763	SO	A	MuKi-Deutsch- und Integrationskurse	machBar Bildungs-GmbH	55'040
A-06-1694	SZ	A	Deutsch für Frauen	KomIn, Kompetenzzentrum für Integration	57'600
A-04-0087	TG	A	Deutsch- und Integrationskurse	Abteilung Soziales Fachstelle für Integration	45'000
A-04-0089	TG	A	HEKS in-fra Integrationsprojekt für Migrantinnen	HEKS Flüchtlings- und Inlanddienst Ostschweiz	202'000
A-04-0141	TG	A	Deutschkurse für fremdsprachige Frauen und Männer	Oberstufengemeinde Romanshorn-Salmsach	40'000
A-04-0365	TI	A	AMiCi QBA Corso comunicativo in lingua italiana, di 88 ore	CLIC Cooperativa Laboratorio per l'Impresa Comunitaria	31'680
A-04-0367	TI	A	Italienischkurs für Schichtarbeiter und Mütter inkl. Vermittlung Sozialkompetenz	Associazione culturale aleviti bectasci Lugano	11'250
A-04-0074	UR	A	Deutsch- und Integrationskurse für fremdsprachige Erwachsene	Schule und Elternhaus Uri	37'800
A-04-0368	VD	A	Intégration des familles par l'apprentissage du Français	Service Communautaire de la Planchette	50'000
A-04-0369	VD	A	Cours de français pour mères musulmanes du quartier Gilamont	Services sociaux de Vevey, Intégration des étrangers	10'000
A-04-0380	VD	A	SIAM 2004- Services d'Intégration et d'Aide aux Migrants	Thais&Friends	27'800
A-04-0382	VD	A	Cours intensif de Français	Centre Pôle Sud	30'000
A-05-0941	VD	A	Cours de français pour migrants à Yverdon	Caritas Vaud	27'000
A-05-0942	VD	A	Langue et communication	Espace Hommes Appartenances	15'000
A-05-0946	VD	A	Cours de français pour femmes migrantes alphabètes	Espace Femmes Riviera, Association Appartenances	8'197
A-06-1727	VD	A	Cours de français à Nyon	Caritas Vaud	15'000
A-04-0357	VS	A	Cours d'intégration pour femmes d'origine étrangère (CIFE)	OSEO-Valais	35'000
A-04-0361	VS	A	FRANCAIS - ICI Etude Ecriture Expression	Association Espace interculturel Sierre	33'000
A-04-0363	VS	A	Cours de français	Commission de l'intégration des étrangers	34'000
A-04-0372	VS	A	Deutschkurs für Fremdsprachige Frauen im Oberwallis	Forum Migration Oberwallis	35'447
A-04-0387	VS	A	Cours de Français	Centre Suisses-Immigrés	23'650
A-04-0096	ZG	A	Zuger Integrationssprachoffensive: Deutschkurse mit Sozialinformationen für fremdsprachige Frauen	Einwohnergemeinden Zug und Baar	59'800
A-04-0098	ZG	A	Aufbau des Fachbereichs Sprache und Kultur	ProArbeit	27'000
A-04-0220	ZH	A	Deutsche Konversation in kleinen Gruppen	HEKS, Regionalstelle Zürich	40'000
A-04-0231	ZH	A	Deutschkurse für Mütter von Klein- und Schulkindern	Jugendsekretariat Dielsdorf	46'800

anhang

A-04-0275	ZH	A	Deutsch in der Region Bülach	Jugendkommission Bezirk Bülach	68'775
A-04-0288	ZH	A	Integral: Konversations- und Austauschprogramm für MigrantInnen	Verein Mozaik	47'000
A-04-0290	ZH	A	Deutsch Alphabetisierungskurse des Vereins FEMIA + Sprechpunkt	Verein FEMIA, Kultur- und Bildungshaus für Migrantinnen	75'520
A-04-0305	ZH	A	Förderung der Integration der albanischen Frauen der Region Zürich	Albanischer Frauenverein „DRITA“ Zürich	35'400
A-04-0312	ZH	A	Integrationskurse für junge Erwachsene	Stadt Zürich, Soziale Einrichtungen und Betriebe, Geschäftsbereich Arbeitsintegration	101'400
A-04-0314	ZH	A	Deutsch-Alphabetisierung und Nachalphabetisierung für Migrantinnen	SAH Zürich	32'400
A-04-0315	ZH	A	Deutschkurse für fremdsprachige Mütter mit Kinderbetreuung	Kleinkindberatung, Jugendsekretariat Bezirk Dietikon	25'000
A-04-0319	ZH	A	Deutschkurse im Kanton Zürich - Zürcher Oberland (ZO) und Bezirk Horgen	Akrotea.ch GmbH	270'000
A-04-0321	ZH	A	log in	Stadt Zürich, Soziale Einrichtungen und Betriebe, GB Arbeitsintegration	30'000
A-06-1706	ZH	A	Textwerkstatt	Stiftung ECAP	9'680
A-06-1707	ZH	A	Deutsch- und Integrationskurs für SeniorInnen	BKZ ENAIP Zürich	25'900
A-06-1709	ZH	A	Deutschkurs für Neuzuzüger/innen der Stadt Winterthur	Stadt Winterthur	8'600
A-06-1714	ZH	A	Sprachkurse mit Goethe Sprachtest 1 und 2 (Schwellenstufe)	AUDIOVIS, Sprachschule und Lernstudio	7'883
A-06-1716	ZH	A	Deutsch in Schlieren und/oder anderen Limmattaler Gemeinden	machBar, Bildungs-GmbH Aarau	65'800
A-06-1717	ZH	A	Alphabetisierung auf Deutsch	Stiftung ECAP Winterthur	43'200
A-06-1718	ZH	A	Deutsch als Zweitsprache	Stiftung ECAP	18'000
A-06-1771	ZH	A	Arbeits- und Lernmethoden (ALM) für Fremdsprachige	Audiovis Sprachschule und Lernstudio	7'744
A-06-2019	ZH	A	Einstiegskurs mit Deutsch/Lernmotivation fördern (Gemeinde Rüti)	Akrotea.ch GmbH	4'300
A-06-2024	ZH	A	Einstiegskurs mit Deutsch/Lernmotivation fördern (Gemeinde Volketswil)	Akrotea.ch GmbH	2'160
A-06-2025	ZH	A	Einstiegskurs mit Deutsch/Lernmotivation fördern (Gemeinde Tann/Dürnten)	Akrotea.ch GmbH	8'400
A-06-2027	ZH	A	Einstiegskurs mit Deutsch/Lernmotivation fördern (Gemeinde Hinwil)	Akrotea.ch GmbH	4'300
A-06-2028	ZH	A	Einstiegskurs mit Deutsch/Lernmotivation fördern (Gemeinde Dübendorf)	Akrotea.ch GmbH	4'300
A-06-2071	ZH	A	Deutsch in Schlieren	machBar Bildungs-GmbH Aargau	14'976
A-06-2072	ZH	A	Deutsch in Schlieren und Affoltern a. A.	machBar Bildungs-GmbH Aarau	14'976
A-06-2092	ZH	A	Deutsch als Zweitsprache	Stiftung ECAP, Regionalstelle Zürich	4'500
B1-06-1448	BE	B1	Zwei Gemeinsam	Kirchgemeinde Thun-Strättligen	35'500
B1-06-1779	BE	B1	HSK-Lehrkräfte: Fort- und Weiterbildung	Verein Bernische Dachorganisation für Heimatsprachkurse (HSK)	19'600
B1-06-2123	BE	B1	Alltagsorientierung für Migrantinnen in Bern West	Reformierte Kirchgemeinde Bethlehem	12'300
B1-04-0415	CH	B1	Bildungsangebot für „interkulturelle Kompetenzen in der Jugendarbeit“	Caritas Schweiz, Abteilung Integration und Soziale Projekte	95'000
B1-04-0417	CH	B1	Fortbildung für Integration: Sicherheit und Kompetenz fördern	NCBI Schweiz	65'100
B1-04-0634	CH	B1	Schulwesen und Berufsbildung - Grundkurs für tamilische Lehrkräfte	Tamil Education Service-Switzerland	10'000
B1-05-0896	CH	B1	Kurs für die Arbeitenden des tamilischen Bewegungszentrums	Tamil Education Service-Switzerland	7'500

anhang

B1-06-1806	CH	B1	Teampay - Fortbildung für Fussballtrainer	Caritas Luzern, Fachstelle interkulturelle Vermittlung, Projektleitung „Teampay“	20'000
B1-06-2131	CH	B1	Weiterbildungsmassnahmen für Beratungsarbeit	Verein humanrights.ch/MERS	20'000
B1-06-1602	LU	B1	incluso-Luzern	FABIA Luzern	64'000
B1-06-1758	LU	B1	Peer-Group-MediatorInnen	Albamig Büro für interkulturelle Mediation und Kulturförderung	25'500
B1-06-1762	LU	B1	Mediation bei Jugendgewalt und Begegnung	Albamig Büro für interkulturelle Mediation und Kulturförderung	30'000
B1-06-2098	LU	B1	Afrikaner/innen in der Schweiz - Förderung eines transkulturellen Dialogs	Caritas Schweiz, Abteilung Integration und Soziale Projekte	60'000
B1-06-2138	SG	B1	Interkulturelle Umgangsformen - Kommunikation und Mediation	Stiftung Mintegra	7'000
B1-04-0413	SZ	B1	Institutionen öffnen	Bezirk Küssnacht am Rigi Kanton Schwyz	5'560
B1-06-2121	TG	B1	Femmes Tische mit Migrantinnen für Migrantinnen	Fachstelle <i>perspektive</i> Westthurgau, Fachstelle für Integration Frauenfeld	25'000
B1-06-1486	TI	B1	Gruppo di accoglienza	Commissione comunale per l'integrazione di Monte Carasso	15'000
B1-04-0422	VS	B1	Weiterbildung Kulturpatin-Kulturpate Oberwallis	Forum Migration Oberwallis	9'000
B1-04-0132	ZH	B1	DoCH möglich - Fairness Jugendprojekt für Zürcher Oberland	NCBI Schweiz, Sektion Zürich	42'260
B1-04-0419	ZH	B1	Kontaktnetz URAT	Caritas Zürich	50'000
B1-04-0427	ZH	B1	Mitten unter Euch	Schweizerisches Rotes Kreuz, Kanton ZH	60'000
B1-04-0669	ZH	B1	incluso	CARITAS Zürich	25'000
B1-05-1025	ZH	B1	Networking for Jobs	Plattform Networking for Jobs, c/o Vorausdenken	54'000
B1-05-1204	ZH	B1	incluso Winterthur	Caritas Zürich	15'000
B1-06-1744	ZH	B1	AltuM	HEKS Regionalstelle ZH/SH	30'000
B1-06-2099	ZH	B1	Rondo: Mit Sprache in die Schule - Mitsprache in der Schule	Schul- und Sportdepartement der Stadt Zürich	8'300
B2-06-1842	AG	B2	Migranten und Migrantinnen in den Parteien d. Kantons Aargau	MigrantInnenRaum Aargau	13'700
B2-06-1750	BS	B2	Partizipation & Empowerment	Elternverein MaKly und Basler Frauenverein am Heuberg	11'600
B2-04-0400	CH	B2	Mondomedia - Offene Bibliotheken	Kinderbuchfonds Baobab	50'000
B2-04-0491	LU	B2	Öffnung, Beteiligung und Entwicklung im Quartier (Teilprojekt BaBeL)	HSA Luzern, Projekt BaBeL	48'000
B2-06-2124	LU	B2	Zusammen leben in Ebikon	Caritas Luzern & Gemeinde Ebikon	25'000
B2-06-2126	LU	B2	Begegnungswoche Pfarrei St. Anton	Pfarrteam St. Anton	3'500
B2-05-0754	SG	B2	Integrationsbibliothek in der St. Galler Freihandbibliothek	Verein St. Galler Freihandbibliothek	40'000
B2-06-2281	SH	B2	Schaffhauser Menschenrechtstage 2006	Verein Schaffhauser Menschenrechtstage 2006	15'000
B2-06-2122	SO	B2	Lingeriz: Quartierentwicklung und Integration in Grenchen	Stadt Grenchen	33'000
B2-04-0993	ZH	B2	HEKS Verein ZH	HEKS, Regionalstelle ZH/SH	30'000
B2-06-1843	ZH	B2	Institutionen öffnen	Zürcher Frauenzentrale	7'000
C-06-1577	AG	C	Kochen & Essen, Begegnung & Austausch	Restaurant Roter Turm	6'500
C-06-1580	AG	C	Zusammen leben, erleben, bewegen	Integrationsnetz Region Zofingen	5'000
C-06-1581	AG	C	Netzwerk Bildung und Migration	Verein nb&m Netzwerk Bildung und Migration	8'000
C-06-1591	AG	C	Integrationsvorträge für mazedonische Frauen	Organisation Mazedonischer Frauen in der Schweiz	6'000

anhang

C-06-1593	AG	C	Viele Fäden Plus 2006	Verein Integration Freiamt	10'000
C-06-1597	AG	C	Midnight Basketball Brugg/Windisch	mb.ch - Förderverein für Midnight Projekte Schweiz	10'000
C-06-1600	AG	C	Feminasana - Frauentreff	CARITAS Aargau	4'000
C-06-1601	AG	C	SuMiVe AG	CARITAS Aargau und AVS Suchthilfe	3'140
C-06-1603	AG	C	Irak social Center	Irak Social Center	10'000
C-06-1608	AG	C	Schnabelwetzler, 7 Lieder in 7 Sprachen	SSASSA	13'200
C-06-1614	AG	C	Weltoffenes Niederlenz	Gemeinde Niederlenz	8'050
C-06-1615	AG	C	Treffpunkt Museum, Deutsch für Fremdsprachige	Stiftung ECAP Aargau	5'000
C-06-1623	AG	C	Lernen im Quartier, Wohlen	Verein Lernen im Quartier	7'500
C-06-1625	AG	C	Workshops mit Jugendlichen AG	JMFH c/o Fritz Heuscher	9'000
C-06-1630	AG	C	Deutsch für Mütter in Gebensdorf	Gemeinde Gebensdorf	7'000
C-06-1865	AG	C	Integrationsprozess und Gesundheit der Migrantinnen	Grupo Vivências	3'500
C-06-1885	AG	C	Grüezi Treff für Frauen in Seon	Muslime-Christen Seon	4'000
C-06-1886	AG	C	Zusammenspielen, zusammenbasteln des Mini-Treffs	Trägerverein Integrationsnetz Region Zofingen	6'000
C-06-1887	AG	C	Deutsch für Frauen	Netzwerk Integration Oberwynental	12'000
C-06-1932	AG	C	Intercambio	ECAP Aargau	6'000
C-06-1936	AG	C	FemmesTISCHE mit Migrantinnen AG	CARITAS Aargau, Projekt Feminasana	5'000
C-06-1948	AG	C	Info plus +	ECAP Aargau	6'000
C-06-1958	AG	C	Deuschtreff	Frauzentrum Aarau	7'500
C-06-1961	AG	C	Midnight Ball Baden	Förderverein Midnight Projekte Schweiz	4'500
C-06-1980	AG	C	Interkulturelles Kochbuch Rothrist mit Kochkurs	Verein Begegnungszentrum Rothrist	5'000
C-06-1985	AG	C	alli-mitenand	ElternGruppeZufikon	3'000
C-06-2002	AG	C	Emmentaler Kebab: Mit der Videokamera auf Identitätssuche	achsensprung - die videofahrtstatt	5'000
C-06-1596	AI	C	Integrative Kurse AI	Deutsch als Fremdsprache, Tanner Regula, Appenzell	4'000
C-06-2013	AI	C	Integrative Kurse in Appenzell Innerrhoden	Integrative Deutschkurse, Regula Tanner, Appenzell	5'000
C-06-1449	AR	C	Integrationskurs für fremdsprachige Frauen	Projektgruppe „Deutsch für fremdsprachige Frauen	3'000
C-06-2006	AR	C	Integrationskurs für fremdsprachige Frauen	Schule Waldstatt/Gemeinde Waldstatt	3'000
C-06-1457	BE	C	Infotreffen für HSK-Lehrkräfte und Eltern	Verein Bernische Dachorganisation für Heimatsprachkurse (HSK)	9'240
C-06-1481	BE	C	Von Mutter zu Mutter	famira: Fachfrauen für Migration und Integration	7'020
C-06-1483	BE	C	Integrationsolympiade Lyss, Münsingen, Worb	Daniel Gaberell, Bern	10'000
C-06-1487	BE	C	Fête KultuRel 2006, Tag der Schulen	Verein Haus der Religionen - Dialog der Kulturen	12'000
C-06-1502	BE	C	Treffen in Deutscher Sprache	Reformierte Kirchgemeinde Zollikofen	10'800
C-06-1503	BE	C	Informationsveranstaltungen für albanischsprechende Frauen	BAFFAM	4'800
C-06-1540	BE	C	Informationsveranstaltungen für Frauen aus dem Balkan	BAFFAM	4'800
C-06-1541	BE	C	Informationsveranstaltungen für spanischsprechende Frauen	BAFFAM	4'800
C-06-1542	BE	C	Informationsveranstaltungen für tamilischsprechende Frauen	BAFFAM	4'800

anhang

C-06-1543	BE	C	Informationsveranstaltungen für türkischsprachende Frauen	BAFFAM	4'800
C-06-1544	BE	C	Alphabetisierungskurs für tamilsprachende Frauen	BAFFAM	12'400
C-06-1549	BE	C	Roma unter uns - Integration, Ausgrenzung, Ausschaffung	La Prairie, Offenes Haus	3'000
C-06-1550	BE	C	Fatmir, der Knecht - HipHop Musical nach Jeremias Gotthelf	SpielArt	15'000
C-06-1554	BE	C	Muttertreff	Reformierte Kirchgemeinde Zollikofen	550
C-06-1574	BE	C	Förderung des Zusammenlebens in der Gemeinde	Club of Tamil People in Berner Oberland c/o Inter-Lingua	10'000
C-06-1576	BE	C	Förderung des Zusammenlebens für Portugiesinnen und Portugiesen	Associação desportiva portuguesa de Interlaken	10'000
C-06-1592	BE	C	Frauen InfoTREFF für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen	Frau AlAbdeli Rime, Zollikofen	4'400
C-06-1594	BE	C	„Mutram“ (Eine Diskussion über die Konfrontationsthemen)	Tamilar Illam Bern	8'000
C-06-1626	BE	C	Cinema Night für Jugendliche	Föderation der Demokratischen ArbeiterInnen Vereine	5'000
C-06-1629	BE	C	Info Night für Jugendliche	Föderation der Demokratischen ArbeiterInnen Vereine	5'000
C-06-1682	BE	C	Femmes-Tische für Migrantinnen in Biel/Bienne (Deutsch)	Projekt Integration der Stadt Biel Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion	15'000
C-06-1683	BE	C	Femmes-Tische für Migrantinnen in Biel/Bienne (Französisch)	Projekt Integration der Stadt Biel Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion	15'000
C-06-1685	BE	C	Nährtreff	Reformierte Kirchgemeinde Zollikofen	9'180
C-06-1689	BE	C	Sonderprogramme	Reformierte Kirchgemeinde Zollikofen	2'160
C-06-1778	BE	C	Integrationsbibliothek	Kornhausbibliothek Bern	6'000
C-06-1795	BE	C	Jugendfestival Langenthal	Jugendfestival Langenthal	2'000
C-06-1817	BE	C	Mentoring	Volkshochschule Biel und Umgebung	7'000
C-06-1818	BE	C	Elterncafé im Treffpunkt Untermatt	Treffpunkt Untermatt, VQZT, Quartierarbeit Untermatt, Stadteil VI	3'000
C-06-1819	BE	C	L'intégration par l'Education: Un dialogue avec des familles	Swiss African Forum (SAF)	3'000
C-06-1853	BE	C	Erziehung Hier und Dort	Verein Bildung und Integration im Oberaargau, BIO	6'000
C-06-1861	BE	C	Quartierfest Ziegelhof, Langenthal	Verein Bildung und Integration im Oberaargau, BIO	1'000
C-06-1876	BE	C	Migrationstram	Informationsstelle für Ausländerinnen- und Ausländerfragen	10'000
C-06-1924	BE	C	Integrationsprojekt: „Kontinenten-Zyklus“ 2006/2007	Zentrum 5	5'600
C-06-1929	BE	C	MANGO	COLIBRI Gemeinde Münsingen, Abteilung Bildung/Kultur/Freizeit	7'020
C-06-1940	BE	C	info plus	FORMAZIONE, Regionalstelle Bern der Stiftung ECAP	4'800
C-06-1942	BE	C	wiscafé - Der andere Diskurs über den Islam aus Frauenperspektive	wiscafé - Der andere Diskurs über den Islam aus Frauenperspektive	2'400
C-06-1943	BE	C	info plus/Biel	FORMAZIONE, Regionalstelle Bern der Stiftung ECAP	4'800
C-06-1945	BE	C	Aggiungi un posto a tavola	A:C:F:E Centro Familiare Emigranti Berna	7'000
C-06-1950	BE	C	Integrationskurs Club of Tamil People 2006/2	Club of Tamil People in Berner Oberland c/o Inter-Lingua	2'467
C-06-1987	BE	C	Informationsveranstaltungen für Türkischsprachende	Alevitisches Kulturzentrum Biel und Umgebung	2'100

anhang

C-06-1992	BE	C	Emmentaler Kebab: Mit der Videokamera auf Identitätssuche	achsensprung - die videofahrtstatt	5'040
C-06-1995	BE	C	Quartierforum Lerchenfeld	Gemischte Trägerschaft	2'000
C-06-2007	BE	C	Förderung des Zusammenlebens in der Gemeinde/Portugiesen	Associação desportiva portuguesa de Interlaken	2'467
C-06-2010	BE	C	Integration 2006	Associação desportiva portuguesa de Interlaken	2'467
C-06-2046	BE	C	Soirées informatives pour parents migrants	Verein für Eltern und Bildung	3'000
C-06-2095	BE	C	Frauentreff in Thun	Verein „Frauen bauen Brücken“ c/o Mimy Marbach KKF, Oberland	5'200
C-06-2096	BE	C	Eröffnungsfest interkultureller Treffpunkt für Frauen Worb	Pfarrrei St. Martin Worb	600
C-06-1463	BL	C	Kunst statt Gewalt	Jugend- und Kulturhaus Münchenstein	10'500
C-06-1469	BL	C	Girls in Motion	Jugend- und Kulturhaus Münchenstein	8'500
C-06-1473	BL	C	Strudel Sommerlager 2006	Verein Strudel	12'000
C-06-1527	BL	C	Deutsch für fremdsprachige Frauen im Frauenplus	Esther de Luca	3'580
C-06-1528	BL	C	Midnight Basketball Baselland	Midnight Basketball Adliswil	12'000
C-06-1659	BL	C	Workshops mit Jugendlichen	JMFH c/o Sensidis	9'000
C-06-1666	BL	C	Info-Time Plus	Maharlika Switzerland	2'000
C-06-1784	BL	C	Integrationsfest für die Region Basel	Besnik Abazi	3'000
C-06-1915	BL	C	Freizeit-Ausstellung	Colonia Libera Italiana, Muttentz	3'500
C-06-1921	BL	C	Zusammenleben erleichtern	Tamilischer Verein	4'000
C-06-1974	BL	C	Kontaktstelle für MigrantInnen	frauenplus Baselland	6'000
C-06-2063	BL	C	Kulturvermittelnde Schulsozialarbeit: Veranstaltungen	Liselotte Blapp Saba & Atila Toptas	13'000
C-06-2085	BL	C	Wir feiern zusammen	Migrantenorganisationen BL, MAHARLIKA-SWITZERLAND	4'500
C-06-1474	BS	C	STRUDEL-Freizeitaktivitäten	Verein Strudel	4'000
C-06-1489	BS	C	Veranstaltungs- und Diskussionsreihe Verein Regenbogen	Verein Regenbogen	3'000
C-06-1499	BS	C	Informationsveranstaltungen - Wissenstransfer - Öffnung	Verein Regenbogen	6'500
C-06-1504	BS	C	Deutschkurs Hinterhof 165 SRK Basel	Basler Kurszentrum K5	8'000
C-06-1512	BS	C	VISION AT	VISION AT	4'000
C-06-1529	BS	C	Interkulturelles Kino in der Quartierhalle Querfeld	Verein Querfeld	7'200
C-06-1667	BS	C	Frauen verschiedener Herkunft und der Zugang zur Technologie	Nosotras - Interkulturelle Informationsstelle für Frauen	4'160
C-06-1668	BS	C	Mutter und Vater sein im Spannungsfeld der Kulturen	Richard Bötschi und Cayir Saime, Basel	9'340
C-06-1671	BS	C	Der andere Kochkurs	Union, Kultur- und Begegnungszentrum	6'000
C-06-1672	BS	C	Kultur- und Themenzyklus	Union, Kultur- und Begegnungszentrum	15'000
C-06-1674	BS	C	Frauen-Treff	Union, Kultur- und Begegnungszentrum	12'000
C-06-1678	BS	C	Konversationskurs mit Kinderbetreuung	Elternverein MaKly und Basler Frauenverein am Heuberg	5'542
C-06-1773	BS	C	Respektakel	Kultur und Integration	15'000
C-06-1835	BS	C	Informationsveranstaltungen - lacs hamlar	New Visibility GmbH	4'000
C-06-1877	BS	C	Begegnungszentrum für iranische und afghanische Familien	Didar, Basel	1'860
C-06-1922	BS	C	Frauen begegnen Frauen - Projekt 2: Konversation	Migrationsamt, Evangelisch-reformierte Kirche Basel-Stadt	6'534
C-06-1923	BS	C	Frauen begegnen Frauen: Projekt 1: Begegnung	Migrationsamt, Evangelisch-reformierte Kirche Basel-Stadt	11'000

anhang

C-06-2065	BS	C	Manchmal schmeckt die Freiheit nach Blues	Verein für Jugendarbeit Kleinbasel	6'000
C-06-2067	BS	C	Einander Raum geben	Freiplatzaktion Basel	2'100
C-06-2081	BS	C	Informationsveranstaltungen	Kurdischer Treffpunkt, Quartier-Treffpunkt Hirzbrunnen	2'000
C-06-2091	BS	C	ZICK-ZACK - Nähkurse für junge Frauen	Olga Gontcharova, Basel	7'395
C-06-1555	CH	C	Rahmenveranstaltungen rund um das Buch von Paula Charles	Limmat Verlag	10'000
C-06-1742	CH	C	Woche der Religionen	IRAS COTIS	15'000
C-06-1789	CH	C	Internationales Kolloquium „1001 Nachricht“	Schweizerische Gesellschaft Mittlerer Osten und Islamische Kulturen	5'000
C-06-1791	CH	C	dazwischen. gespräche und geschichten	Frau Eva Burkhard, Zürich	9'000
C-06-1827	CH	C	Vernetzungstreffen der brasilianischen Gruppen	Grupo Açã	3'000
C-06-1973	CH	C	Emmentaler Kebab: Mit der Videokamera auf Identitätssuche	achsensprung - die videofahrt	3'000
C-06-2011	CH	C	III Forum des Brésiliens en Suisse	III Forum des Brésiliens en Suisse	10'000
C-06-1465	FR	C	ContEchanges ou la richesse de rencontres interculturelles multiples	LivEchange	1'500
C-06-1477	FR	C	Débats à l'issue des films pour une meilleure cohabitation	Festival international de films de fribourg	15'000
C-06-1661	FR	C	Intercultur-Elle au quotidien	espacefemmes Fribourg	15'000
C-06-1663	FR	C	Duo - Accompagnement de femme à femme	espacefemmes Fribourg	9'400
C-06-1721	FR	C	Integrationskurs für Migrantinnen, Migranten und ihre Kinder	Gemeinde Kerzers, Arbeitsgruppe Integration	8'000
C-06-1873	FR	C	L'engagement des migrants dans l'arène politique suisse	Association les amis de l'Afrique (AMAF)	3'500
C-06-1908	FR	C	Le Square	Association le Square	4'000
C-06-1918	FR	C	Le lien en dialogue	Association Centre de loisirs du Schoenberg	6'000
C-06-1993	FR	C	Découvrir l'autre afin de vaincre la peur de la différence	Association Les amis de l'Afrique (AMAF)	10'000
C-06-2040	FR	C	Repérages	Association passerelles	7'500
C-06-2041	FR	C	Theâtre colore pour enfants de tous pays	Association passerelles	7'500
C-06-2080	FR	C	Veranstaltungs- und Diskussionreihe 2006	Alevitisches Kulturzentrum Fribourg und Umgebung	6'000
C-06-1478	GE	C	Bien informée bien intégrée	IRDIQ - Ecole des Femmes	11'700
C-06-1490	GE	C	Je suis là	Association „Elément 13“	15'000
C-06-1494	GE	C	Expression théâtrale pour les jeunes suisse et albanais	Rinia Contact	15'000
C-06-1589	GE	C	Accueil-échange-formation 2006	Association CEFAM	10'000
C-06-1646	GE	C	Paix et intégration	Association araignées artisanes de paix	9'000
C-06-1648	GE	C	„Boomerang“ Iréseau franco-genevois travailleurs sociaux	FAS'e Fondation genevoise pour l'animation socioculturelle	4'334
C-06-1651	GE	C	Atelier créatifs interculturels	Croix-rouge genevoise	8'000
C-06-1657	GE	C	RFI-MIGRAF	MIGRAF	6'760
C-06-1660	GE	C	Autour d'un repas et autres échanges	Croix-Rouge genevoise	9'000
C-06-1680	GE	C	Echanges, information et mise en réseau 2006	Association camarada	8'000
C-06-1823	GE	C	Jugendarbeitslosigkeit abbauen, Integration fördern	NCBI Schweiz	4'000
C-06-1841	GE	C	Enfants, jeunesse et intégration	Croix-Rouge genevoise, (Bibliothèque interculturelle)	15'000
C-06-1869	GE	C	Soirées sur l'intégration et l'échange culturel	Cinéma des Trois Mondes, Filmar en América latina	8'000
C-06-1907	GE	C	Viens chez moi	Unité d'action communautaire des Grottes	15'000

anhang

C-06-1909	GE	C	Séance d'information aux femmes sur les institutions suisses	Association Raïzes	11'000
C-06-2036	GE	C	Musulmans, intégration et citoyenneté	Fondation Communauté musulmanes-Genève	4'500
C-06-2039	GE	C	Atelier d'intégration pour migrants	Association Tierra Incógnita	9'000
C-06-2103	GE	C	Cohabitation et intégration dans la société d'accueil	Ubuntu Action, Association burundaise pour la culture	10'100
C-06-1475	GL	C	Sich besser verstehen	Frauzentrale des Kantons Glarus	12'854
C-06-2004	GL	C	Kurs über Alltagssituationen	Tamil Kulturzentrum Glarus	6'000
C-06-1456	GR	C	SUPPORT, das umfassende Unterstützungsprogramm für MigrantInnen	Balikatan - Begegnungs- und Unterstützungszentrum für Migrantinnen und ihre Familien	12'000
C-06-1482	GR	C	meine Schweiz - deine Schweiz - UNSERE SCHWEIZ	Frauzentrale Graubünden	6'480
C-06-1598	GR	C	Midnight Chur	Midnight Chur, c/o Städtische Jugendarbeit Chur	6'900
C-06-1857	GR	C	Alltagsküche aus aller Welt	Internationaler Frauentreff Domat/Ems	4'000
C-06-1947	GR	C	Kennen lernen, vernetzen, zusammenarbeiten	Evang.-Ref. Landeskirche GR, MIF Beauftragte	5'000
C-06-1466	JU	C	L'intégration par l'information	Association jurassienne des communautés d'Anatolie	3'960
C-06-1622	JU	C	Village Nox	Groupe Deco-Nox	5'000
C-06-1633	JU	C	Rencontres et discussions thématiques/présence d'une experte	Centre d'animation et de formation pour femmes migrantes	1'680
C-06-1634	JU	C	Activités repas	centre d'animation et de formation pour femmes migrantes	5'000
C-06-1635	JU	C	Ateliers de créativité	Centre d'animation et de formation pour femmes migrantes	4'200
C-06-1658	JU	C	Journée de l'intégration et forum théâtre à Delémont	Association Métropole Suisse	15'000
C-06-1497	LU	C	Informationsveranstaltungen und Integrationshilfe	Verein Reveil Afrique	9'990
C-06-1556	LU	C	Midnight Basketball Luzern	mb.ch - Förderverein für Midnight Projekte Schweiz	12'000
C-06-1561	LU	C	Radio BaBeL kids	Radio BaBeL Luzern	12'000
C-06-1567	LU	C	Mitanand	ZIB (Zentrum für interkulturelle Bildung)	4'000
C-06-1569	LU	C	Kulinarische Weltreise	Emina Haskovic	5'000
C-06-1570	LU	C	Wochentreff	SAH Zentralschweiz	15'000
C-06-1572	LU	C	Von Frauen für Frauen	SAH Zentralschweiz	5'100
C-06-1578	LU	C	Türen öffnen	Verein Sentitreff Luzern	15'000
C-06-1588	LU	C	Stadion Untergrund - WM Deutschland 2006	Verein Sentitreff, Luzern	8'000
C-06-1590	LU	C	Wie leben wir, wie leben andere in der Schweizer Diaspora?	Polit-Forum Zentralschweiz	12'000
C-06-1595	LU	C	Ausstellung: Tamilinnen und Tamilen in der Schweiz	RomeroHaus Luzern	3'000
C-06-1599	LU	C	Parallelkurse zu schulischen Themen für Eltern	Verein Tamil Mandram	10'000
C-06-1780	LU	C	Infothek für Jugendliche	Gemeinde Emmen, Bereich Jugend und Familie	7'000
C-06-1783	LU	C	Afrikanische Literaturtage	Verein Reveil Afrique	9'000
C-06-1805	LU	C	Jugendprojekt Maihof	Kontaktnetz Maihof-Löwenplatz	5'000
C-06-1820	LU	C	filmON! - Schule im Kino	Verein filmON!	7'000
C-06-1854	LU	C	Filmtage Afrika 2006	Verein Reveil Afrique	2'000
C-06-1855	LU	C	Info-Forum Luzern	Club Ilokandia-Pangasinan of Switzerland (CiPS)	2'000

anhang

C-06-1902	LU	C	Femmes Tische Luzern	Drogen Forum Innerschweiz, Fachstelle für Suchtprävention DFI Luzern	10'000
C-06-1926	LU	C	Tag der Integration	Verein Drini Luzern und Beratungs- und	1'500
C-06-1954	LU	C	Kursmodul „Gesellschaft und Politik“	Caritas Luzern, Bildungsangebot für Migrantinnen	1'000
C-06-1976	LU	C	Heimat hat viele Lebensräume	Verein „Zusammenleben im Gebiet Maihof - Löwenplatz“	5'870
C-06-1984	LU	C	Midnight Basket Emmen	Förderverein Midnight Projekte Schweiz	4'500
C-06-1495	NE	C	Journée culturelle 4 continents	Centre Africain de Développement social	13'650
C-06-1619	NE	C	Vivre ici en venant d'ailleurs	Bureau du Délégué aux étrangers	15'000
C-06-1641	NE	C	FeNEtre sur le monde	Bureau du Délégué aux étrangers	15'000
C-06-1670	NE	C	Convivio. Ein Konversationskurs rund ums Essen	Formazione	7'000
C-06-1890	NE	C	Calendrier commun 2007	Calendrier commun, c/o Mission catholique italienne	2'500
C-06-1981	NE	C	Compétences éducatives et d'intégration des mères somaliennes	Communauté somalienne Unie, Canton de Neuchâtel	10'000
C-06-1991	NE	C	Deuxième Festival „Colombia chante, peint et danse“	Association Maloka	8'000
C-06-1856	OW	C	Begegnung mit Migrantinnen	SKF Obwalden und Frauenstamm	500
C-06-1927	OW	C	Migration	Gemeinde Sarnen	14'725
C-06-1952	OW	C	Deutschkurs für Mutter und Kind	Einwohnergemeinde Sachseln	5'400
C-06-1573	SG	C	NightSport Wittenbach 3. Phase	Jugendarbeit der Gemeinde Wittenbach	5'000
C-06-1605	SG	C	Informationsveranstaltungen für philippinische Frauen	Tulungang Pilipina St.Gallen/Appenzell	2'800
C-06-1607	SG	C	Leben im Völkermeer	Manuel Zangger und Tolga Tutel, Buchs	15'000
C-06-1617	SG	C	unsere vielfältige Stadt	Stadt St. Gallen	15'000
C-06-1618	SG	C	MixRheintal	Regionales Kompetenzzentrum Integration Rheintal	4'000
C-06-1620	SG	C	Wen-Do Kurs für jugendliche Migrantinnen	Jugend- und Freizeitverein Uznach	4'195
C-06-1631	SG	C	femme global	Regionales Kompetenzzentrum Integration Linthgebiet	3'500
C-06-1792	SG	C	Velofahrkurs für Erwachsene	IG velo Region St. Gallen	1'500
C-06-1796	SG	C	Frauentreff	Stiftung Mintegra	7'000
C-06-1808	SG	C	Deutsch lernen beim Nähen SG	HEKS in-fra HEKS Regionalstelle Ostschweiz	7'200
C-06-1829	SG	C	Symposium über Migranten afrikanischer und karibischer Herkunft und Integration	Africa Link Organisation	3'600
C-06-1831	SG	C	Alltagswissen, Landeskunde und Literatur-Aktiv im CaBi	Verein Café-Bibliothek St. Gallen	5'300
C-06-1866	SG	C	Brücke	Stimme der Migrantenvereine des Kantons St. Gallen	13'300
C-06-1867	SG	C	Elki-Früherfassung von Eltern und Kindern	Primarschulgemeinde Wittenbach	10'000
C-06-1878	SG	C	Integrativer Deutschunterricht für fremdsprachige Frauen	Sozialberatung	4'320
C-06-1883	SG	C	Kinder-Integrationsgruppen im Kanton St. Gallen	HEKS Ostschweiz in-fra	15'000
C-06-1892	SG	C	Informationsveranstaltungen	Mintegra	6'000
C-06-1900	SG	C	Türkische Informationsveranstaltungen Wattwil	Kultur und Solidaritätsverein Wattwil	5'250
C-06-1904	SG	C	famosa	Familienforum Rapperswil-Jona	3'310
C-06-1906	SG	C	Vielfalt vernetzen - Chancen schaffen	Regionales Kompetenzzentrum Integration Linthgebiet	3'720

anhang

C-06-1956	SG	C	Integration beginnt bei Kindern, Jugendlichen und Eltern!	ARGE/Realschule Engelwies/Bruggen	8'000
C-06-1983	SG	C	Sprachencafé- Menschen, Kulturen, Sprachen treffen sich	Sprachschule Susanne Bächler	5'000
C-06-2058	SG	C	Midnight Basketball Will	Förderverein Midnight Projekte Schweiz	8'000
C-06-2109	SG	C	Wanderausstellung: Gehen ist Ankommen	ARGE Integration Ostschweiz	8'000
C-06-1612	SH	C	Kindertreff	Quartierarbeit Birch	15'000
C-06-1613	SH	C	Deutsch lernen im Birch	Quartierarbeit der Stadt Schaffhausen	12'000
C-06-1686	SH	C	Deutsch für Mütter	Aktion Bildungsraum	13'700
C-06-1871	SH	C	Kurdisch/Türkisches Frauenforum	SAH Schaffhausen	3'000
C-06-1872	SH	C	Gemischtes Frauenforum	SAH Schaffhausen	3'000
C-06-1874	SH	C	Albanischer Frauenverein	SAH Schaffhausen und Albanischer Frauenverein	9'000
C-06-1938	SH	C	Elki-Deutsch	SAH Schaffhausen	10'000
C-06-1957	SH	C	Jugend-Tanz-Theater Projekt	Trägerverein Jugendarbeit Schaffhausen	3'000
C-06-1968	SH	C	Schnabelwetzler, 7 Lieder in 7 Sprachen	SSASSA	1'500
C-06-2009	SH	C	Lernen im Trülli - Deutsch und Landeskunde für Fremdsprachige	Ev.-ref. Kirchgemeinde Herblingen	9'800
C-06-1559	SO	C	Integrationsolympiaden Grenchen, Solothurn, Olten	Daniel Gaberell, Bern	5'100
C-06-1628	SO	C	Workshops mit Jugendlichen SO	JMFH c/o Fritz Heuscher, Bannwil	9'000
C-06-1815	SO	C	Zirkus - Variété	Altes Spital Solothurn	14'000
C-06-1816	SO	C	Konversations- und Informationskurs für Frauen	Verein Frauen für Frauen	10'000
C-06-1824	SO	C	Aktivitäten zum Thema Fremdsein und Integration	Verein Granges MELANGES	8'000
C-06-1928	SO	C	Zusammenleben mit Adentro! Europa-Schweiz in Solothurn	FEMAES	10'000
C-06-1944	SO	C	Chor der Nationen	kultur + musik	15'000
C-06-1949	SO	C	Kochen verbindet Kulturen	ECAP Solothurn	7'500
C-06-1955	SO	C	Treffpunkt Museum SO/06	ECAP Solothurn/Naturmuseum und Kunstmuseum	6'000
C-06-1859	SZ	C	Schreibwettbewerb „Hier und dort Fremdsein“	KomIn	15'000
C-06-1860	SZ	C	Dilemma im Zentrum	KomIn	3'000
C-06-1999	SZ	C	Zyklus Integration	Trägerverein bühne fasson	15'000
C-06-1564	TG	C	Miteinander. Leben in der Schweiz	Fachstelle für Integration Frauenfeld	6'400
C-06-1566	TG	C	Deutsch konkret	Verein für Jugend und Freizeit	10'000
C-06-1575	TG	C	Deutschlernen beim Nähen	Kommission für Integration Gemeinde Weinfelden	4'820
C-06-1807	TG	C	Deutsch lernen beim Nähen TG	HEKS in-fra HEKS Regionalstelle Ostschweiz	15'000
C-06-1882	TG	C	Kinder-Integrationsgruppe im Kanton Thurgau	HEKS Ostschweiz in-fra	15'000
C-06-1939	TG	C	Deutschkurs für Schichtarbeiter und Mütter	Alevitisches Kulturzentrum Ostschweiz	7'500
C-06-1953	TG	C	anders und noch integriert	TAGEO und AVK	6'000
C-06-1964	TG	C	Schnabelwetzler, 7 Lieder in 7 Sprachen	SSASSA	7'200
C-06-1990	TG	C	Frühförderung von Migrantenkinder-Sprachspielgruppen	Interessengemeinschaft Sprachspielgruppen Frauenfeld, c/o Fachstelle für Integration	10'000
C-06-1468	TI	C	Atelier teatro	Scuola Media Bellinzona 2	2'000
C-06-1644	TI	C	Il dialogo quale arricchimento reciproco	Sulser Amina, Brissago	6'000
C-06-1684	TI	C	Corso d'integrazione linguistica e culturale	Municipio di Casalano, Istituto scolastico comunale	1'000
C-06-1822	TI	C	IN/CONTRO	Comune di Chiasso, Ufficio previdenza sociale	15'000

anhang

C-06-1825	TI	C	Festa di solidarietà	Centro di cultura internazionale	4'000
C-06-1839	TI	C	Come coinvolgere il popolo ticinese e svizzero nel processo dell'integrazione	Comunità Africana del Ticino	4'500
C-06-1852	TI	C	La Suisse plurielle	Dicastero Integrazione e informazione sociale	10'000
C-06-1879	TI	C	TraSguardi-manifestazione interculturale	Fosit-federazione ONG, Svizzera italiana	15'000
C-06-1888	TI	C	Viaggio disorganizzati. L'incanto della Turchia	Association culturale Turca, Canton Ticino	15'000
C-06-1897	TI	C	Incontri informativi	Associazione Culturale Aleviti Bektaschi	4'000
C-06-1917	TI	C	Divan: spazio interculturale	Comune di Chiasso	12'000
C-06-1972	TI	C	Ispirazione lirica	Centro d'arte e cultura russa "Dostoevskij"	3'500
C-06-1975	TI	C	Conosciamoci meglio	Centro d'arte e cultura russa "Dostoevskij"	3'500
C-06-1978	TI	C	D verso D	Teatro delle Radici	12'000
C-06-1467	VD	C	„Partir-Arriver“ Exposition de textes et photos	CISE de Renens	15'000
C-06-1476	VD	C	La Fête des couleurs 2006, le nouveau projet	Service communautaire de la Planchette	15'000
C-06-1492	VD	C	Education, intégration des communautés étrangères: Memento	GRAD, Direction des écoles	10'000
C-06-1493	VD	C	L'intégration autour du feu	Komkar	8'600
C-06-1508	VD	C	Arc-en-ciel 2006	Le Groupe suisse étrangers de Moudon et region	15'000
C-06-1509	VD	C	Tournoi de football multiculturel	Fraternité sportive africaine	7'000
C-06-1582	VD	C	Demain, je vote	Commission Intégration Suisse Etrangers, P.a. Direction de la Sécurité sociale	6'000
C-06-1584	VD	C	SLAM „Dire le monde, dire ma ville“	Centre d'animation de la cité	8'000
C-06-1586	VD	C	Passeurs de culture: les cultures à travers nos lecteurs	Bibliothèque interculturelle Globlivres	11'400
C-06-1587	VD	C	Droits politiques: la ville vous informe	Commission municipale des activités interculturelles	11'755
C-06-1627	VD	C	Animation multiculturelle à la Bibliothèque	Bibliothèque municipale	6'800
C-06-1632	VD	C	La rencontre interculturelle de 2006 à Nyon	Le collier de la rencontre interculturelle 2006 à Nyon	7'000
C-06-1640	VD	C	La Suisse plurielle	Bureau Lausannois pour l'intégration	10'000
C-06-1642	VD	C	Un ruisseau d'amitié	Ruisseau d'amitié	15'000
C-06-1647	VD	C	Multicolor	Tremplin, c/o Mme Nadia Zuniga, Vevey	15'000
C-06-1649	VD	C	Cactus barbu	Association des parents d'élèves de l'école serbe en Suisse romande	10'000
C-06-1650	VD	C	X-ILES	Association Gente Von Partout (G.V.P)	15'000
C-06-1810	VD	C	Pause Solidarité Femmes	Association Femmes solidaires sans frontières	5'000
C-06-1811	VD	C	Les rencontres théâtrales et cohabitation	Le théâtre Albanais de Nyon „Kurora“	10'000
C-06-1812	VD	C	Faciliter la cohabitation par le sport	Les Diambars, C/o M. Ndoye Saliou	10'000
C-06-1813	VD	C	Echanges et rencontres	Association „Livres sans frontières“, Bibliothèque Globlivres	9'000
C-06-1849	VD	C	Arc-en-ciel: Fête multiculturelle à Villeneuve	Association Arc-en-ciel	7'000
C-06-1850	VD	C	Cours migration	Collège de Bex	3'150
C-06-1875	VD	C	Au giratoire du goût, de la couleur et du rythme africain	Association des Africains du nord vaudois	11'100
C-06-1901	VD	C	„MC Juniors“ Activités multiculturelles pour les jeunes	Association Thais & Friends	7'400
C-06-1914	VD	C	Migr'art	Compagnie In grata	10'000
C-06-1970	VD	C	Par monts et par mots	Bibliothèque du Chablais	4'000
C-06-2005	VD	C	Mythes et légendes - Mitos y leyendas	Association ColombiaVive	11'500
C-06-2014	VD	C	Regards croisés	Association Mampi	8'200

anhang

C-06-2016	VD	C	Italia vostra	Circolo italiano di Losana	9'800
C-06-2020	VD	C	Fête interculturelle „le monde se fête à Ecublens“	Commission d'intégration et d'échange, Suisses-Etrangers d'Ecublens	4'000
C-06-2021	VD	C	Festival des sports d'arenas	Association des ressortissants et sympathisants du Sénégal en Suisse	10'000
C-06-2023	VD	C	Séances d'information en lien avec la vie à Lausanne	Tamilar illam Lausanne	6'600
C-06-2026	VD	C	Permis de séjour	Association Orient Occident	13'000
C-06-2044	VD	C	Jeux thème le monde	Centre socioculturel Pôle Sud	9'000
C-06-2050	VD	C	Arrêt sur le quai des poètes	FAPS, Fédération des assoc. portugaises Suisse	10'000
C-06-2052	VD	C	Fête multiculturelle 2006	Association Fête multiculturelle	5'000
C-06-1491	VS	C	Proumouvoir des rencontres solidaires	Association Kalkal	7'000
C-06-1645	VS	C	Cours d'intégration pour migrants de Saillon et région	Commune de Saillon, Maison de Commune	3'000
C-06-1655	VS	C	Begegnung der Kulturen	Forum Migration Oberwallis	5'709
C-06-1675	VS	C	Frauentreff	Forum Migration Oberwallis	4'748
C-06-1748	VS	C	Cours de français pour migrants	Université populaire d'Entremont	3'000
C-06-1830	VS	C	Raconte-moi ton pays	Groupe de diaconie paroissiale de Savièse	2'000
C-06-1847	VS	C	Thé-discussion	Groupe Rhône, Association des promoteurs et promotrices de santé du canton du Valais	9'200
C-06-1880	VS	C	Rencontres d'ici et d'ailleurs	Sous-Commission communale de l'intégration des étrangers	9'000
C-06-1894	VS	C	Wer zusammenleben will, muss kommunizieren	Jugendkommission Zermatt	8'000
C-06-2017	VS	C	Atelier de contes pour femmes	OSEO - Valais	4'500
C-06-2018	VS	C	Cours et Atelier „santé et intégration“	Centre Suisses-Immigrés	2'000
C-06-2031	VS	C	Trait d'union	Centre de loisirs et culture de Martigny	9'000
C-06-2032	VS	C	Regenbogenwelt-Ein Fest der Kulturen	Forum Migration Oberwallis, Radio Rottu Oberwallis	12'000
C-06-2034	VS	C	Familles valaisannes	Association RLC - Rencontres loisirs cultures	6'750
C-06-2069	VS	C	Espace rencontres femmes ERF	Centre Suisse - Immigrés	8'000
C-06-1500	ZG	C	Kontakt-Tandem interkulturell „Frauen von hier und dort“	Pro Senectute Kanton Zug	2'500
C-06-1552	ZG	C	Themenschule „Leben in der Schweiz“	Stadt Zug / Dept. SUS	2'164
C-06-1563	ZG	C	Wer will ich sein?	Herr Mewlan Gökce, Baar	6'480
C-06-1565	ZG	C	Motivationskurse	Herr Mewlan Gökce, Baar	2'468
C-06-1583	ZG	C	Babylon Plus	Caritas Schweiz, Geschäftsstelle Zug	8'800
C-06-1891	ZG	C	Themenschule „Leben in der Schweiz“	Stadt Zug / Dept. SUS	2'040
C-06-1893	ZG	C	Kontakt-Tandem interkulturell „Mich interessieren Frauen“	Pro Senectute Zug	2'500
C-06-1997	ZG	C	Wanderausstellung: In Zug leben	Caritas Schweiz, Geschäftsstelle Zug	15'000
C-06-2118	ZG	C	Jugendarbeitslosigkeit abbauen, Integration fördern ZG	NCBI Schweiz/Zentralschweiz	1'000
C-06-1447	ZH	C	Frühlingsfest Mosaik	Marianne Steinemann, Zürich	6'500
C-06-1455	ZH	C	Gruezi Mitenand - Mundartunterricht und Sozialinformation	Gemeinschaftszentrum Loogarten	4'860
C-06-1460	ZH	C	Cocktail-Frauengruppe Bülach	Jugendkommission Bezirk Bülach	7'070
C-06-1461	ZH	C	Mutter-Kind-Treffpunkt für Migrantinnen und Schweizerinnen	Jugendsekretariat Bezirk Bülach	4'958
C-06-1479	ZH	C	Seitenwechsel / Familientandem Schulhaus Eidmatt	Elternrat Schulhaus Eidmatt, Gruppe Integration	7'500
C-06-1480	ZH	C	Integration	Integrationsgruppe des Elternforums der Schulen Ossingen, Truttikon und Neunforn	1'700

anhang

C-06-1488	ZH	C	Informationskurs	Albanischer Frauenverein DRITA	9'200
C-06-1514	ZH	C	Mosaik	R. Schweizer / R. Ehrat, Embrach	4'500
C-06-1516	ZH	C	Cafédona - interkultureller Treffpunkt für Migrantinnen	Cafédona; c/o Infodona, Sozialdepartement der Stadt Zürich	15'000
C-06-1517	ZH	C	Integração sem discriminação	Grupo Ação	2'100
C-06-1519	ZH	C	Femmes Tische Interkulturell Zürich Oberland	Suchtpräventionsstelle Zürich Oberland	15'000
C-06-1520	ZH	C	Mädchenprojekt Midnight Basketball Schwamendingen	Gemeinschaftszentrum Hirzenbach	6'000
C-06-1521	ZH	C	Midnight Basketball Embrach	mb.ch - Förderverein für Midnight Basketball Projekte Schweiz	12'000
C-06-1522	ZH	C	Midnight Basketball & Dance Uster	Trägerverein Midnight Basketball & Dance Uster	9'000
C-06-1523	ZH	C	Midnight Basketball Wetzikon	mb.ch-Midnight Projekte Schweiz	9'000
C-06-1524	ZH	C	Midnight Basketball Adliswil	mb.ch / Trägerverein Midnight Basketball Adliswil	8'000
C-06-1525	ZH	C	Midnight Basketball Winterthur-Töss	Trägerverein Midnight Basketball Töss	9'000
C-06-1534	ZH	C	Midnight Ball Rüti	Trägerverein Midnight Ball Rüti	9'000
C-06-1535	ZH	C	Midnight Basketball Wehntal	Projektgruppe Midnight Basketball Wehntal	6'000
C-06-1536	ZH	C	Alltagsorientierungen mit Deutsch- und Alphabetisierungskursen	IG Integration der Albanerinnen in Winterthur	4'700
C-06-1538	ZH	C	Tanzen ohne Grenzen	Kroatischer Kulturclub	1'500
C-06-1546	ZH	C	Treffpunkt Museum - Kultureller Austausch	Stiftung ECAP	15'000
C-06-1547	ZH	C	Interkulturelles Quartierkafi	Gemeinschaftszentrum Hirzenbach	5'000
C-06-1548	ZH	C	Midnight Game Opfikon	Midnight Game Opfikon	4'500
C-06-1560	ZH	C	Convivio - ein Konversationskurs rund ums Essen	Stiftung ECAP	6'700
C-06-1562	ZH	C	Rochade 2 - Videoprojekt	Schulhaus Ebnet, Oberstufe Elsau	10'000
C-06-1636	ZH	C	Info-Time Zürich	The Filipino Leaders Club	2'000
C-06-1637	ZH	C	Alltagsorientierung - Begegnung von Ausländern und Schweizern	Akrotea.ch GmbH	8'740
C-06-1697	ZH	C	Deutsch-Ermunterungskurs und Einführung in die Grammatik	CEBRAC, Centro Brasileiro de Ação e Cultura	8'100
C-06-1753	ZH	C	Deutsch- und Integrationskurse für türkische MigrantInnen	Türkische Gemeinschaft Winterthur	8'457
C-06-1832	ZH	C	ZOSTARBattle	FRJZ (Freizeit- und Jugendzentrum)	1'500
C-06-1833	ZH	C	Radio Grünau	Vert.lgo	6'000
C-06-1834	ZH	C	LebensRaum Horgen	Jugend-Projektfabrik Drehscheibe	15'000
C-06-1840	ZH	C	D-Förderkurs für Vorschulkinder und ihre Betreuungspersonen	Verein für Quartierentwicklung Zürich Nord	5'900
C-06-1845	ZH	C	EulachStyles06 - im Zeichen des HipHop	Verein SUBITA Strassensozialarbeit Winterthur/ Mobile Jugendarbeit Winterthur (mojawi)	3'000
C-06-1881	ZH	C	„Blick über Grenzen“	Südslawische Christliche Gemeinde, Zürich	5'000
C-06-1889	ZH	C	Zusammenleben in Zürich ZIZ	Verband Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen VSJF	3'500
C-06-1910	ZH	C	Zusammenleben erleichtern durch Information und Begegnung	Zürcher Frauenzentrale	5'000
C-06-1912	ZH	C	Integrationswoche 2006	Fachstelle für Integration der Stadt Winterthur	15'000
C-06-1916	ZH	C	Mitenand Wila 2006	OK Mitenand Wila 2006	2'000
C-06-1919	ZH	C	Grüezi Mitenand - Integrierter Mundartunterricht	Gemeinschaftszentrum Buchegg	5'220
C-06-1920	ZH	C	SARASVATI 2	Verein Kamadhenu	7'470

anhang

C-06-1962	ZH	C	Zusammenleben erleichtern: Projekt 2006	Verein Schweiz-Serbien	3'000
C-06-1979	ZH	C	Open Sunday Gemeinde Rüti	Förderverein Midnight Projekte Schweiz	6'000
C-06-1988	ZH	C	Deutsch- und Integrationskurs für Frauen im Sexgewerbe	Strassensozialarbeit SUBITA	7'500
C-06-1994	ZH	C	Konversationsgruppen für Migrantinnen	Stadt Adliswil, Sozialberatung	7'380
C-06-2053	ZH	C	Midnight Point Volketswil	Trägerverein Midnight Point Volketswil	7'000
C-06-2054	ZH	C	Integration von gehörlosen MigrantInnen	DIMA - Verein für Sprache und Integration, Gehörlosenzentrum	15'000
C-06-2055	ZH	C	Begegnung mit dem Schweizer Film	Cebrac	3'450
C-06-2056	ZH	C	Basiskonversationskurs	Interkulturelles Forum Winterthur	4'100
C-06-2057	ZH	C	Theater in Aussersihl	Verein Vast (Verein für Austausch, Soziokultur und Theater)	15'000
C-06-2060	ZH	C	Open Sunday Winterthur-Töss	Förderverein Midnight Projekte Schweiz	6'000
C-06-2068	ZH	C	Schulprojekt „Seitenwechsel“	Schulhaus Wolfsmatt	5'000
C-06-2074	ZH	C	Afrikanischer Puppentheater-Workshop	Sirèn Production	1'315
C-06-2075	ZH	C	Zürcher Forum der Religionen	Zürcher Forum der Religionen	8'000
C-06-2076	ZH	C	Elternmitarbeit in der Schule	FEMIA, Kultur- und Bildungshaus für Migrantinnen	9'720
C-06-2078	ZH	C	Midnight Basketball Wädenswil	Förderverein Midnight Projekte Schweiz	8'000
C-06-2082	ZH	C	Diskussions- und Informationsveranstaltungen 2006	Anatolisch Alevitisches Kulturzentrum, Zürich und Umgebung	2'000
C-06-2083	ZH	C	Kulturfest	Jugendparlament Horgen	5'000
C-06-2084	ZH	C	Kleidernähkurs für Migrantinnen und Schweizerinnen	Montanarini Susi, Uster	6'000
C-06-2086	ZH	C	Begegnung Nord-Süd - Palavercke	Verein Africa Freedom	3'500
C-06-2093	ZH	C	Mobile Kinderarbeit Schwamendingen	Interessenverbund Mobile Kinderarbeit Schwamendingen, c/o Gemeinschaftszentrum Hirzenbach	10'000
C-06-2102	ZH	C	Taxi Rückspiegelblick	Anne Lorenz, Zürich	5'000
C-06-2114	ZH	C	Veranstaltungsreihen	Anatolisch-Alevitisches Kulturzentrum, Winterthur	3'000
D1-04-0454	BE	D1	Leistungsvertrag Stadt Bern	ISA Informationsstelle für Ausländerinnen und Ausländer	100'000
D1-06-2119	BE	D1	Aufbauphase Kompetenzzentrum Integration	Kompetenzzentrum Multimondo	40'000
D1-06-2383	BE	D1	Pilotprojekt Antenne Langenthal	ISA Informationsstelle für Ausländerinnen und Ausländerfragen	35'500
D1-04-0452	BL	D1	Leistungsvertrag BL	Ausländerdienst Baselland	120'000
D1-04-0453	BS	D1	Leistungsvertrag BS	GGG Informationsstelle Integration	120'000
D1-04-0740	CH	D1	Tagungen Fachstellen Integration	KoFI - Die Schweizerische Konferenz der Fachstellen für Integration	15'000
D1-06-1768	CH	D1	Vergleichsstudie Websites	EKA Sekretariat	10'000
D1-04-0710	GE	D1	Contrat de prestation GE	Bureau de l'intégration	250'000
D1-04-0456	JU	D1	Contrat de prestation JU	Etat civil et des habitants, Bureau de l'intégration et de la lutte contre le racisme	30'000
D1-04-0457	LU	D1	Leistungsvertrag LU	FABIA Fachstelle für die Beratung und Integration von AusländerInnen	130'000
D1-04-0458	NE	D1	Contrat de prestation NE	Bureau du Délégué aux étrangers	150'000
D1-04-0462	SG	D1	Leistungsvertrag SG	Kompetenzzentrum Integration	200'000
D1-04-0459	SH	D1	Leistungsvertrag SH	INTEGRES, Integrationsfachstelle für die Region Schaffhausen	60'000
D1-04-0460	SZ	D1	Leistungsvertrag SZ	KomIn, Kompetenzzentrum für Integration	60'000
D1-04-0463	TG	D1	Leistungsvertrag Stadt Frauenfeld	Fachstelle für Integration	60'000

anhang

D1-04-0464	VD	D1	Leistungsvertrag VD	Centre Social Protestant-Vaud (La Fraternité)	220'000
D1-04-0747	VD	D1	Contrat de prestation ville de Lausanne	Bureau lausannois pour l'intégration des immigrés BLI	78'000
D1-04-0465	ZG	D1	Leistungsvertrag ZG	Fachstelle für Integrationsfragen, Caritas Schweiz / Geschäftsstelle Zug	60'000
D1-04-0466	ZH	D1	Leistungsvertrag ZH	Fachstelle der Kantonalen Beauftragten für Integrationsfragen Zürich	300'000
D1-04-0467	ZH	D1	Leistungsvertrag Stadt Zürich	Stadt Zürich Integrationsförderung	200'000
D1-04-0468	ZH	D1	Leistungsvertrag Stadt Winterthur	Fachstelle für Integration	70'000
D2-05-0757	AG	D2	Netzwerk Kulturvermittlung	Stadt Baden, Kinder Jugend Familie	14'128
D2-05-0763	AG	D2	Linguadukt	HEKS AG/SO, SRK AG	49'435
D2-06-1743	BE	D2	Comprendi	Verein comprendi c/o Caritas Bern	175'000
D2-04-0767	BL	D2	Vermittlungsstelle für Interkulturelle ÜbersetzerInnen	Ausländerdienst BL	40'000
D2-04-1044	BS	D2	KIM - Koordinations- und Vermittlungsstelle ikÜ / ikV	HEKS Regionalstelle beider Basel	110'000
D2-06-1848	CH	D2	Qualitätssicherung und -Entwicklung	EKA Sekretariat	50'000
D2-05-1438	FR	D2	service d'interprétariat Jura, Fribourg, Bern francophone	Caritas Suisse	45'000
D2-04-0774	GE	D2	Interprétariat communautaire	Croix-Rouge genevoise	150'000
D2-04-0766	GR	D2	Vermittlungsstelle Dolmetschen Graubünden, Chur	Caritas Schweiz, Abteilung Integration und Soziale Projekte	40'000
D2-05-1084	LU	D2	Zentralschweizer Vermittlungsstelle Dolmetschen	Caritas Luzern	122'500
D2-04-0732	NE	D2	Centre d'interprétariat communautaire (CCI)	Bureau du délégué aux étrangers	50'000
D2-04-0731	SG	D2	VERDI Vermittlungsdienst für interkulturelle ÜbersetzerInnen	Kanton St. Gallen, Koordinationsstelle für Integration	80'000
D2-04-0764	SH	D2	DERMAN - Fachstelle für interkulturelle Vermittlung	SAH Schaffhausen	65'000
D2-04-0765	TG	D2	Dolmetschervermittlung Caritas Thurgau	Caritas Thurgau	40'000
D2-04-0768	TI	D2	DERMAN	Soccorso Operaio Svizzero, sezione Ticino	50'000
D2-04-0730	VD	D2	Programme de coordination des interprètes communautaires (VD)	Appartenances	150'000
D2-04-0737	ZH	D2	Kompetenzzentrum medios ZH	Verein medios	150'000
E-05-1437	BS	E	Aller Anfang ist Begegnung	Integration Basel, Kantonale Integrationsstelle und Anlaufstelle Rassistische Diskriminierung Basel-Stadt	215'000
E-06-1755	BS	E	Gastfreundschaft aus religiöser Sicht	Kantonale Integrationsstelle und Anlaufstelle Rassistische Diskriminierung Basel-Stadt	8'000
E-04-0721	CH	E	Förderung der interkulturellen Kompetenz bei Hauswartinnen und Hauswarten	Schweizerischer Fachverband der Hauswarte SFH, Berufsverband der ausgebildeten Hauswarte BAH, c/o Graf und Partner AG	40'000
E-05-1676	CH	E	Infoblatt Wohnen	Weissgrund Kommunikation AG	30'000
E-05-1701	CH	E	Evaluation Spezialausschreibung Jugend	advocacy ag	5'000
E-06-1730	CH	E	Soziale Integration im und durch Sport	Swiss Academy for Development SAD	80'000
E-06-1737	CH	E	Concours de rédaction interculturel en Suisse romande	Swiss Academy for Development SAD	20'000
E-06-1747	CH	E	4 Workshops im Rahmen der Qualitätsverbesserung im SP A	Sekretariat EKA, Koordination SP A	22'000
E-06-1767	CH	E	Partizipationsmöglichkeiten - Ausländische Bevölkerung	Wicker Hans-Rudolf, Bern	129'000
E-06-1769	CH	E	Evaluation Jahrestagung EKA	Forum suisse pour l'étude des migrations et de la population	9'800
E-06-1770	CH	E	Archiv der Stiftung ECAP	Stiftung ECAP	15'000

anhang

E-06-1797	CH	E	Teilevaluation Schwerpunkte B, C, D, E	Interface GmbH Luzern - Institut für Politikstudien	180'000
E-06-1801	CH	E	Qualitätssicherung / Weiterentwicklung Midnight Basketball	Förderverein Midnight Projekte Schweiz	30'000
E-06-1803	CH	E	Prävention von Gewalt und Kriminalität - Hearing vom 08.03.06	Bundesamt für Migration	30'000
E-06-1844	CH	E	Doppel-DVD mit „Siamo italiani“ und „Il Vento di settembre“	Filmcoopi Zürich	5'000
E-06-2105	CH	E	Integrationswirkung und Nutzung von Fernsehangeboten	INFRAS	30'000
E-06-2111	CH	E	Teilevaluation des Schwerpunkts A	Landert Farago Partner	100'000
E-06-2112	CH	E	Grundlagenmaterial und Stellungnahmen zu aktuellen Integrationsfragen	FIMM Schweiz	128'000
E-06-2125	CH	E	Generationenwechsel. Leben und Schreiben fremdsprachiger AutorInnen	SFM	25'000
E-06-2128	CH	E	Mandat Schwerpunkteprogramm	Zielpunkt AG	148'600
E-06-2129	CH	E	„Journée d'information et d'intégration: enjeux, acteurs“	FIMM Suisse	50'000
E-06-2135	CH	E	Datenbank FIMM - Vernetzung der Migrantenorganisationen in der Schweiz	FIMM Schweiz	60'000
E-06-2142	CH	E	Forschung zur Erreichbarkeit neu zugezogener MigrantInnen durch fremdsprachige Radioprogramme	Klipp & Klang radio kurse in Zusammenarbeit mit dem IPMZ	45'000
E-06-2249	CH	E	Bedürfnisabklärung „ausländische Religionsverantwortliche“	IRAS COTIS	12'000
E-06-2387	CH	E	Soutien aux petites associations des migrants	Forum pour l'Intégration des Migrants et des Migrants (FIMM - SUISSE)	58'000
E-04-0989	TI	E	Il ponte, programma televisivo settimanale sull'integrazione	Tele Ticino SA	117'000
E-04-1010	VD	E	Ginkgo	Animation Jeunesse de la Ville de Vevey	30'000
E-04-1014	VD	E	Trans-Borde	Service de la jeunesse et des loisirs de la Ville de Lausanne	7'000
E-06-1749	ZH	E	Menschen aus „EX“	Erika Sommer / Dejan Mikic, Zürich	5'000
E-06-1777	ZH	E	Projekt Töss	Zürcher Hochschule Winterthur, Zentrum Sustainability	20'000
E-06-1838	ZH	E	CHatten - Chatten gegen die Gewalt in CH-Schulen	Centro Scuola e Famiglia	23'000
E-06-1977	ZH	E	Family literacy	Schweizerisches Institut für Kinder- und Jugendmedien (SIKJM)	14'600

